

Qualität der Lebertransplantation?  
**Datenfriedhöfe statt Transparenz!**



Diagnose **Der neue Medien-Doktor Umwelt**

Analyse **Tesla gegen New York Times**

Auswertung **Das Versagen der Justiz im Fall L'Aquila**

# Qualitäts-Check

## EDITORIAL

■ „Das deutsche Gesundheitswesen ist eines der besten der Welt“, dieses Statement hört man immer wieder – von Politikern, Ärzten, manchmal auch von Journalisten. Doch wer sich aufmacht, um die echte oder vermeintliche Qualität konkreter Leistungen zu untersuchen, der verirrt sich sehr schnell in einem Dschungel aus widersprüchlichen Zahlen, Fakten und Einschätzungen. Diese Erfahrung machte zumindest Volker Stollorz, der uns in dem Artikel „Datenfriedhöfe in der Medizin“ an seiner bemerkenswerten Recherche zum Thema Lebertransplantationen teilhaben lässt. Die vermeintlich einfache Fragestellung: Welche qualitativen Unterschiede gibt es zwischen verschiedenen Transplantationszentren in Deutschland? Wie unterscheiden sich zum Beispiel die Sterblichkeit im Krankenhaus und die Überlebensrate ein Jahr nach Transplantation? Was ursprünglich eine Fingerübung in Sachen Datenjournalismus werden sollte, führt am Ende zu einer erschreckenden Erkenntnis: „Das System der Selbstverwaltung im Gesundheitswe-

sen setzt in weiten Teilen auf Intransparenz“, schreibt Stollorz. Der Artikel zeigt nicht nur die Schwachstellen der Qualitätskontrolle im Medizinbetrieb auf, er verdeutlicht auch die Grenzen unserer neuen Wunderwaffe: Datenjournalismus kann die Qualität der Berichterstattung steigern. Er kann spannende Geschichten zu Tage fördern und überraschende Zusammenhänge aufzeigen. Doch er ist nur so gut wie die Grundlagen, mit denen er arbeitet: die Daten. Und da gibt es noch viel zu verbessern – nicht nur im Gesundheitswesen.

Auch in anderen Artikeln dieser Ausgabe geht es um Qualität. Wir fragen nach den Bedingungen unserer Arbeit und nach den Chancen, Qualität im Wissenschaftsjournalismus zu erkennen, zu bewerten und zu steigern. Am Dortmunder Institut für Wissenschaftsjournalismus bekommt der Medien-Doktor eine kleine Schwester: Der Medien-Doktor Umwelt geht im Mai an den Start. Ähnlich wie beim Medizinjournalismus mischen sich in der Umweltberichterstattung wirtschaftliche

Interessen, Meinung und Gesinnung mit Fakten und wissenschaftlicher Erkenntnis. Das Freund-Feind-Schema – hier die guten Umweltschützer, dort die böse Industrie – ist weit verbreitet. Doch anders als in der Medizin, wo die „evidence based medicine“ zumindest einen groben Kriterienkatalog zur Verfügung stellt, fehlte es dem Medien-Doktor Umwelt sowohl an internationalen Vorbildern als auch an etablierten Kriterien. In ihrem Text „Diagnosen zum Umweltjournalismus“ stellen Holger Wormer und Wiebke Rögner das Projekt vor. Und noch einen weiteren Qualitäts-Check haben sich die Kollegen in Dortmund vorgenommen: Da immer mehr Pressestellen der Meinung sind, dass sie doch selbst die besseren Journalisten seien, will der „Medien-Doktor-PR-Watch“ künftig in einem Pilotprojekt Pressemeldungen bewerten. Zur Anwendung kommen dieselben Kriterien, die auch für journalistische Produkte gelten. Wir sind gespannt auf das Ergebnis!

In einem von der Robert-Bosch-Stiftung finanzierten Projekt der WPK

haben Holger Hettwer und Franco Zotta die Bedingungen für ein deutsches Science Media Center untersucht. Die generelle Idee eines solchen Angebots: Vor allem in Krisenzeiten – wenn also Ehec oder Vogelgrippeviren die Verbraucher verunsichern, wenn ein Vulkan ausbricht oder ein Reaktor havariert – soll das Science Media Center Zugang zum Stand des Wissens und zu hochrangigen Experten garantieren. Was für die sogenannten Leitmedien in der Regel kein Problem darstellt, sieht für die Kolleginnen und Kollegen in Lokal- und Regionalmedien ganz anders aus. Vor allem dort könnte ein SMC die Qualität der Berichterstattung verbessern. In ihrem Artikel nehmen Hettwer und Zotta das erfolgreiche britische SMC unter die Lupe – und stufen es letztlich als Institut für Wissenschafts-PR ein. Genau das dürfe ein deutsches Science Media Center nicht sein, konstatieren die Autoren und definieren Kriterien für ein SMC, das sich tatsächlich an den Bedürfnissen der Journalisten orientiert. Wie ein solches Angebot aussehen und welche Rolle die WPK dabei spielen könnte, damit beschäftigt sich nicht nur der Artikel in dieser Ausgabe. Etwas ausführlicher stellen wir das Projekt auf unserer Webseite vor: ([http://www.wpk.org/upload/download/dokumente%20aktuelles/SMC\\_Executive%20Summary\\_Abschlussbericht%20RBS\\_het\\_13-04-17.pdf](http://www.wpk.org/upload/download/dokumente%20aktuelles/SMC_Executive%20Summary_Abschlussbericht%20RBS_het_13-04-17.pdf)) Und natürlich wollen wir darüber auch mit unseren Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch kommen.

Im Quarterly finden Sie wie immer weitere spannende Geschichten und Analysen rund um den Wissenschaftsjournalismus. Viel Spaß beim Lesen! }

Claudia Ruby

Claudia Ruby

ist freie TV-Wissenschaftsjournalistin. Sie lebt und arbeitet in Köln.



## Inhalt

<b>Editorial</b>	<b>2</b>
Datenwüsten der Medizin: <b>Ein Rundgang</b>	<b>4</b>
Tesla gegen die New York Times: <b>Es geht um alles</b>	<b>11</b>
Befragung: <b>Wie wissenschaftlich ist Datenjournalismus?</b>	<b>14</b>
Analyse: <b>Das britische Science Media Center und was wir daraus lernen können</b>	<b>16</b>
Der neue Medien-Doktor: <b>Diagnosen zum Umweltjournalismus</b>	<b>19</b>
Der alte Medien-Doktor: <b>Ein kurzes Resümee nach 200 Journalisten-Reviews</b>	<b>20</b>
Die anderen Medien-Doktoren: <b>Unterstützung schon bei der Recherche Qualitätscheck von Pressemitteilungen aus der Medizin</b>	<b>21</b>
L'Aquila Interview: <b>Die italienische Justiz hat versagt</b>	<b>23</b>
L'Aquila Kommentar: <b>Wissenschaftler auf der Anklagebank</b>	<b>25</b>
Umfrage: <b>Codes of Conduct in Wissenschaftsredaktionen?</b>	<b>26</b>
Vor der WISSENSWERTE: <b>Ein Anstoß in eigener Sache</b>	<b>29</b>
WPK <b>Neue Mitglieder</b>	<b>30</b>
<b>Impressum</b>	<b>31</b>

# Datenfriedhöfe in der Medizin

Ein Rundgang.

Von Volker Stollorz

Ich interessiere mich für den Datenjournalismus und ich kenne mich als Wissenschaftsjournalist aus mit Daten in der Medizin. Daher wollte ich ausprobieren, was man mit den Mitteln des Datenjournalismus über die Qualität der medizinischen Versorgung in Deutschland sagen kann. Als ein Übungsfeld erschien mir die Transplantation von Lebern sinnvoll, weil der Bereich umstritten und überschaubar zugleich ist. Meine Antwort nach einigen Wochen intensiver Beschäftigung: Über die Qualität der Transplantationen von Lebern kann man durch Studium der öffentlich verfügbaren Daten kaum Sinnvolles lernen, allen Sonntagsreden über Transparenz im Gesundheitswesen zum Trotz.

## Testfeld

### Lebertransplantationen: Die Collaborativ Transplant Study

Als ich mich für den Wissenschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung auf die Suche nach den systemischen Anreizen für die Manipulationen von Patientendaten auf den Wartelisten für Lebertransplantationen begab, dachte ich zunächst naiv, die seltene Operation sei sicher ein ideales Übungsfeld, um einige Methoden des Datenjournalismus zu erproben. Schließlich werden hierzulande kaum mehr als 1000 Lebern von hirntoten

Spendern pro Jahr verpflanzt. Da sollte sich gut dokumentieren lassen, wie es bei der Organzuteilung zugeht und was nach der Operation mit den Empfängern der Organe passiert. Immerhin wird die Qualität der Transplantationszentren seit Jahren überprüft in der Selbstverwaltung. Ich musste lernen: Ein Irrtum.

Dabei begann meine Suche nach belastbaren Daten zu Lebertransplantationen verheißungsvoll. Ich stieß auf die „Collaborative Transplant Study“ (CTS) von Gerhard Opelz von der Universität Heidelberg. Der Transplantationsimmunologe wertet seit mehr als 30 Jahren vertraulich Daten von weltweit 500 Organtransplantationszentren aus und veröffentlicht die Erfolgsraten aller Organtransplantationen in wissenschaftlichen Studien und in einer zentralen Datenbank mit Tausenden von Infografiken. Regionale Unterschiede zwischen einzelnen Zentren kennt Opelz natürlich, veröffentlicht sie aber grundsätzlich nicht, da seine Studie auf der freiwilligen Kooperation aller Teilnehmer basiert. In Deutschland stecken immerhin 80 Prozent aller Transplantationen in der Datenbank, ein Teil der Zentren verweigert aber die Teilnahme. Der Mediziner spiegelt allen Meldern regelmäßig die eigenen Ergebnisse im Vergleich zu denen der anderen teilnehmenden Zentren. Mit der direkten Rückkoppelung lässt sich die Qualität der Versorgung erkennen und verbessern. Auch können unabhängige Wissenschaftler in den erhobenen Daten Fehlentwicklungen frühzeitig registrieren, zur Diskussion stellen und wichtige Forschungsfragen beantworten. So bildet die CTS zum Beispiel als einzige Studie weltweit systematisch Unterschiede zwischen

Ländern und zwischen meldenden Zentren ab.

Es ist eine Schatzkammer mit Datendiamanten, die man als Journalist leider nicht betreten, geschweige denn Ergebnisse daraus veröffentlichen darf. Man ist – ganz klassisch und eben ganz und gar nicht datenjournalistisch – auf die Aussagen und Bewertungen der Quelle Opelz angewiesen. Deren Antworten: Bezogen auf die Lebertransplantation in Deutschland ist das Fazit schockierend. Die Erfolgsaussichten für Patienten, denen eine fremde Leber transplantiert wurde, entwickelten sich seit einigen Jahren in Deutschland rückläufig. Die Überlebensraten seien inzwischen schlechter als in den meisten europäischen Nachbarländern. Auch die Unterschiede innerhalb von Deutschland seien erheblich. In manchen Kliniken stirbt offenbar fast ein Viertel aller Lebertransplantierten noch im Krankenhaus. Das liege meist nicht an unfähigen Operateuren oder mangelhaften Abläufen, sondern vor allem daran, dass immer häufiger ältere und schwerstkranke Patienten mit schlechter Prognose ein Organ zugeteilt bekämen, zum Beispiel Leberkrebspatienten. Weil bei der Organzuteilung in Deutschland das Kriterium der Dringlichkeit zu hoch bewertet werde und die Zentren um die knappen Organe im harten Wettbewerb stünden, bekomme jenes Zentrum häufiger Lebern zugeteilt, das vermehrt schwerstleberkranke Patienten auf seine lokalen Wartelisten setze. Am Ende dieser Entwicklung sei es für eine Klinik am lukrativsten, Lebern in Sterbende zu transplantieren.



Dieser systemische Fehlanreiz – im Transplantationsgesetz steht, die Organe müssten nach den Kriterien der Dringlichkeit UND Erfolgsaussicht verteilt werden – führte nun in der Folge offenbar dazu, dass Transplanteure in Göttingen, Regensburg, München und Leipzig Krankenakten ihrer Patienten auf den Wartelisten frisierten, um diese kränker erscheinen zu lassen, als sie waren. Auf diese Weise gelangten sie häufiger an Spenderorgane.

## Es gibt kein nationales Transplantationsregister

Ich wollte wissen, was diese Quelle an Daten nicht preisgab. Zum Beispiel: Welche Zentren weisen schlechtere Überlebensraten aus und warum? Warum sterben an einigen Orten mehr Organempfänger im Krankenhaus als an anderen? Wie oft kommt es wo zu Komplikationen? Welcher Patient auf der Warteliste erhält überhaupt eine Leber? Und vor allem: Gibt es bei den unter Verdacht stehenden Transplantationszentren verdächtige Werte bei einigen der verfügbaren Qualitätsindikatoren? Natürlich wollte ich letztlich auch verstehen, ob die bisherigen Kriterien die Qualität der Transplantationsmedizin überhaupt abbilden. Einige dieser Fragen, so dachte ich, sollten sich bei knapp 1000 Eingriffen pro Jahr ohne Forschungsaufwand und Informatik klären lassen.

Zunächst Ernüchterung: Anders als in den USA herrscht in Deutschland Datendürre, es gibt KEIN nationales Transplantationsregister, auf dessen Finanzierung und Betrieb sich die Akteure hätten einigen können. Weder das Statistische Bundesamt noch Eurotransplant sammeln systematisch Erfolgsraten, auch im „European Liver Transplant Registry“ in Paris finden sich keine regionalen Daten sondern nur allgemeine Trends (<http://www.eltr.org/spip.php?rubrique37>). So darf jedes Zentrum bei Patienten mit seinen angeblichen Erfolgsraten werben. Unabhängig überprüfen und

vergleichen kann die Daten öffentlich niemand.

Ich gab meine Suche nach zugänglichen Daten aber noch nicht auf. In Deutschland werden einige Qualitätsindikatoren in der medizinischen Versorgung in Krankenhäusern nicht nur von Gerhard Opelz ausgewertet, sondern auch vom Aqua-Institut in Göttingen (<http://www.aqua-institut.de>). Es wurde vom Gemeinsamen Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen (G-BA.de) mit der Qualitätssicherung der Versorgung betraut. Das Institut, Werbespruch „Aqua- richtungsweisen in Qualität“ hat die BQS in Düsseldorf abgelöst, die diesen Job früher geräusch- und weitgehend folgenlos erledigte. Im Bereich der Lebertransplantation müssen Kliniken zum Beispiel melden, wie viele Lebertransplantationen sie durchführen, welcher Anteil der Patienten nach einer Lebertransplantation bereits im Krankenhaus verstorben, wie hoch der Anteil der Verstorbenen nach operativen Komplikationen ist und wie hoch der Anteil der „1-Jahresüberlebenden“ liegt. Diese und einige wenige weitere Indikatoren gehören zu den veröffentlichungspflichtigen Qualitätsindikatoren aller Organtransplantationen. Alle Daten der Qualitätssicherung müssen von den Kliniken in Form von Krankenhausqualitätsberichten veröffentlicht werden, bisher alle zwei Jahre, nach 2012 sogar jährlich. Im Prinzip kann sich jeder für alle Krankenhäuser die Anzahl der Lebertransplantationen sowie die Ergebnisse der veröffentlichungspflichtigen Qualitätsindikatoren von einer Webseite des G-BA herunterladen (<http://www.g-ba-qualitaetsberichte.de>).

## Die Daten des Aqua Instituts

Das klang sehr schön. In mir erwachte der Datenjournalist. Der letzte verfügbare Datensatz in den PDFs stammt zwar schon aus dem Jahr 2010, erst im nächsten Jahr werden die Daten des Qualitätsreports 2012 verfügbar. Auch in den älteren Daten aber sollten sich, so dachte ich, z.B.

jene Zentren aufspüren lassen, die besonders hohe Sterberaten nach Lebertransplantationen aufweisen. Meine Idee war, dass das ein Indikator dafür sein könnte, dass dort mehr sterbenskranken Patienten auf den Wartelisten geführt und damit transplantiert werden, die dann den operativen Eingriff nicht lange überleben. Eine mögliche These wäre, dass es sich dabei nicht unbedingt um die Zentren handeln muss, die Krankenakten manipuliert hatten, denn dort standen letztlich weniger kranke Patienten mit besseren Überlebenschancen auf der Warteliste.

## Die Weisse Liste

Als ein Hindernis, um solche Hypothesen überprüfen zu können, erwies sich, dass die Qualitätsberichte der Krankenhäuser Datenfriedhöfe erster Güte sind. Zum Glück musste ich für meinen Testfall nicht alle rund 1200 Krankenhausberichte durchstöbern. Lebern werden nur in 24 Zentren transplantiert. Schon diese wenigen Qualitätsberichte erwiesen sich aber als eine quälende Lektüre. Die sind nicht gemacht, um gelesen zu werden. Auch das automatische Herauskopieren der Daten ist trotz entsprechender Codes eine Kunst für sich, es sei denn, man schreibt die Werte mühsam per Hand ab. Ich frage mich ernsthaft, was der Zweck solcher Veröffentlichungen sein soll. Sie stellen allenfalls Scheintransparenz her. Wie man von der Deutschen Krankenhausgesellschaft hört, wollen die Krankenhäuser sie am liebsten ganz abschaffen.

Ich wurde noch auf einen anderen Weg zu denselben Daten aufmerksam: Die Suche in der „Weissen Liste“ der Bertelsmann-Stiftung (<http://www.weisse-liste.de>), laut Eigenwerbung der „Wegweiser im Gesundheitswesen“. Patienten und Journalisten sollen hier nach Qualitätsdaten zu Eingriffen in Krankenhäusern suchen können. Die meisten Daten, die sich dort finden, stammen letztlich aus eben erwähnten Qualitätsberichten der Krankenhäuser, werden aber aus den maschinenlesbaren XML-Dateien erstellt. Wer auf der Startseite der Weissen Liste „Kranken-

haussuche“ und dann als Krankheit „Lebertransplantation“ eingibt, kann eine Stadt auswählen. Findet man dort das richtige Krankenhaus, landet man bei der Fallzahl der Lebertransplantationen aus dem Jahr 2010. Mit ein paar weiteren Tricks und Klicks, die man erst nachvollziehen muss, landet man tatsächlich bei den wenigen verfügbaren Qualitätsindikatoren.

Zwar ist diese Suche in der Tat komfortabler als die in den PDFs der Krankenhausberichte. Allerdings fehlen in der Weissen Liste neben den Prozentangaben die absoluten Fallzahlen zu den Qualitätsindikatoren, die ich für meinen „Data-Driven“-Ansatz haben wollte. So wie sie ist, dürften sich nur vereinzelt Nutzer der Weissen Liste bedienen. Selbst für erfahrene Journalisten bleiben die Daten schwere Kost, so dass sich selbst Rechercheure eher selten in diese zudem nicht sonderlich aktuellen Datenwüsten verirren dürften.

Macht nix, sagte ich mir, rund 1000 Lebertransplantationen sind nicht „Big-Data“ wie man sie für einen Vergleich der Häufigkeit von Mandeloperationen oder der Implantation von Herzschrittmachern extrahieren müsste. Also notierte ich an einem ruhigen Tag die verfügbaren Qualitätsindikatoren aller Lebertransplantationszentren in Deutschland. Der Einfachheit halber beschränkte ich meine Suche auf die postmortale Lebertransplantation (Anzahl 1072 im Jahr 2010 laut Aqua-Institut). Damit missachtete ich zum Beispiel die Leberlebenspende.

Neugierig, was die Daten hergeben? Zuvor gilt es noch kurz zu klären, warum sie überhaupt erhoben werden. Was passiert normalerweise mit den Daten der Krankenhausberichte? Die Göttinger AQUA-Institut GmbH sammelt im Auftrag des Gemeinsamen Bundesauschusses` immerhin 430 Qualitätsindikatoren und will so die Güte der Versorgung der Kliniken in Deutschland auswerten und abbilden. Welche Herkulesaufgabe die Analyse dieser Daten offenbar darstellt, kann man am Qualitätsreport 2011 der veröffentlichungspflichtigen Daten ablesen, der sich auf Versorgungsdaten von 2010 bezieht und doch erst 2012 erschien (<http://www.sqg.de/sqg/upload/CONTENT/Qualitaetsberichte/2011/AQUA-Qualitaetsreport-2011.pdf>) Darin heißt es

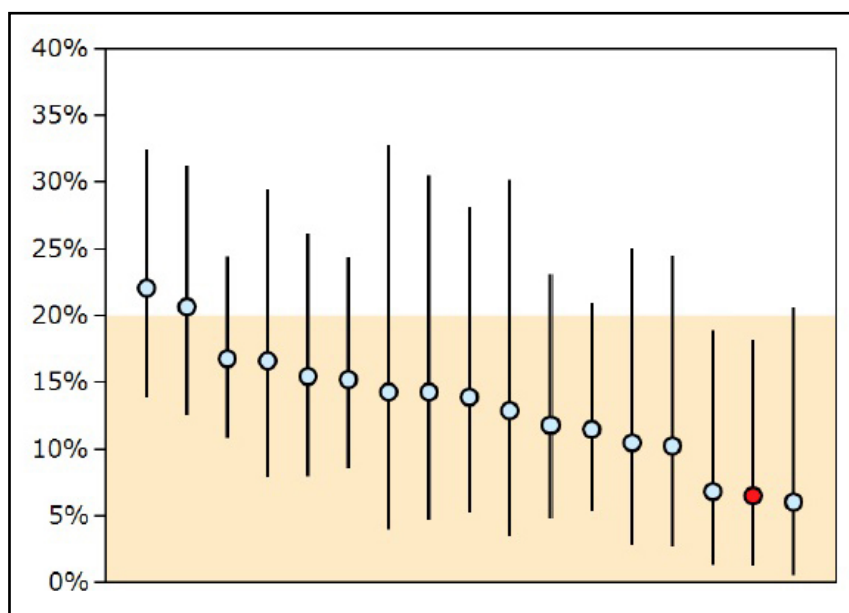
etwa unter dem Stichwort „Lebertransplantation“, der „Strukturierte Dialog“ bei rechnerisch auffälligen Werten in neun Kliniken im Erfassungsjahr 2010 habe ergeben, dass „nur in einem Fall Struktur- und Prozessmängel die Ursache für Auffälligkeiten waren.“ Diese klare Fehldiagnose wurde vor Bekanntwerden des Transplantations-skandals gestellt und steht damit seltsam in der Landschaft. Festzuhalten ist, dass die Qualitätssicherung des AQUA-Instituts vor dem Transplantationsskandal keinerlei relevante Qualitätsmängel erkannt hat, die Spuren in den öffentlichen Berichten hinterlassen hätten.

### Die Benchmark-Berichte des Aqua Instituts

Das Aqua-Institut verschickt aber für alle erhobenen Qualitätsindikatoren einen ausführlicheren „Bench-

mark-Bericht“ an jedes Krankenhaus. Diese internen Berichte enthalten erheblich umfassendere Daten als die veröffentlichten Krankenhausqualitätsberichte, werden aber von den Kliniken leider fast nie veröffentlicht. Sie dienen angeblich der internen Qualitätssicherung der Kliniken. Solange keine Beschwerde aus dem Aqua-Institut kommt, können Kliniken diese Berichte in den Papierkorb werfen, wenn sie das wollen. Nur wenn eine Klinik bei einem Indikator aus einem zuvor von Experten festgelegten Referenzbereich fällt, bewertet eine externe Fachkommission im Auftrag des Aqua-Instituts Auffälligkeiten und leitet dann – eventuell – Maßnahmen im Rahmen eines „Strukturierten Dialogs“ ein. In diesen Fachkommissionen sitzen dann auch Vertreter der Kliniken, die selber Lebertransplantationen durchführen. Beim Aqua-Institut waren das zum Beispiel zuletzt auch Transplantationsmediziner aus Regensburg. Das bedeutet: Jene, die Patientendaten manipulierten, redeten mit bei der Bewertung von Auffälligkeiten!

Durch Zufall fand ich auf der Webseite des Uniklinikums Aachen einen der „Benchmark-Berichte“ über das Lebertransplantationsprogramm, weil



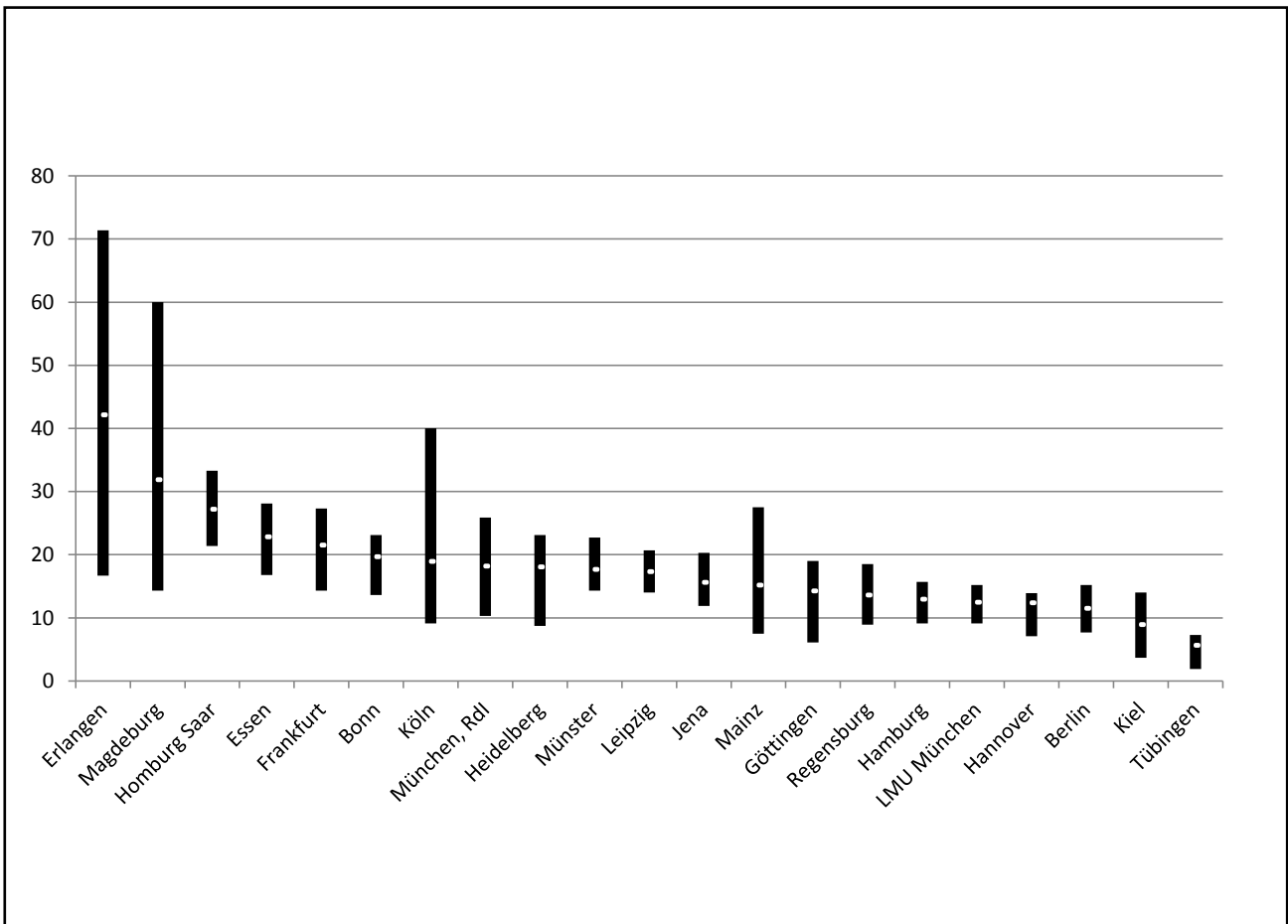
Die Grafik weist die Prozentzahl der Patienten aus, die im Jahr 2010 nach einer Lebertransplantation noch im Krankenhaus verstarben. Eingegangen sind die Zahlen von 17 Kliniken, in denen mehr als 20 Lebertransplantationen vorgenommen wurden. Rot umrandet ist das Ergebnis für das Klinikum in Aachen.

diese Aqua-Auswertungen dort erfreulicherweise online gestellt werden. Das ist lobenswert, denn anhand der PDF-Datei „Modul LTX-Lebertransplantation 2011“ (<http://www.ukaachen.de/go/show?ID=24039997&DV=0&COMP=download&NAVID=21229036&NAVDV=0>) konnte ich endlich die Struktur der Aqua-Benchmark-Reports verstehen. In dem Dokument finden sich nicht nur alle Indikationen zu Lebertransplantationen, sondern erstmals ein echter Vergleich der Qualitätsindikatoren zwischen allen Transplantationszentren, die 2010 Lebern verpflanzt haben (siehe Grafik 1). Wenn ein Zentrum es denn will, kann es sich bei heiklen Befunden anstrengen, besser zu werden, das ist wohl die Idee hinter dieser Form der Qualitätssicherung. Es ist im Grunde die Idee von Gerhard Opelz, ein ehemaliger Mitarbeiter hat sie offenbar versilbert. Leider bleiben Öffentlichkeit, Patienten und auch Journalisten

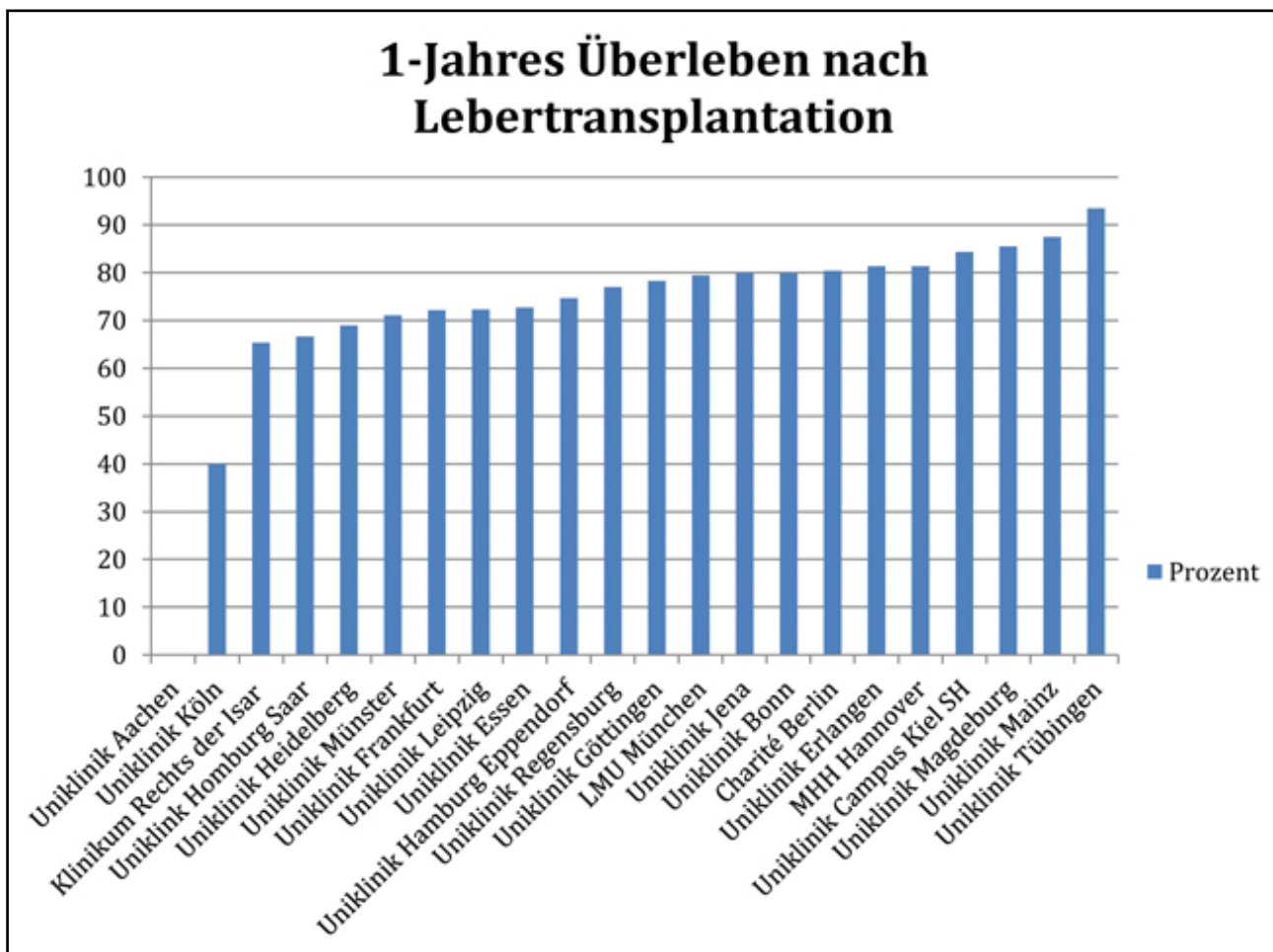
bei diesen heiklen Vergleichen erneut außen vor. Der einsame „Benchmark-Bericht“ erklärt dem Datenjournalisten zwar, wo das Klinikum Aachen 2011 stand im Vergleich, nicht aber, wie gut die anderen Zentren sind. Genau das wollte ich aber herausfinden.

Kein unlösbares Problem, dachte ich. Einfach die „Benchmark-Berichte“ aller 24 Kliniken anfordern und anhand der roten Punkte den jeweiligen Orten zuordnen. Schon wieder ein Irrtum; die Berichte dürfen, müssen aber von den Krankenhäusern nicht veröffentlicht werden. Und daher werden sie meist nicht herausgegeben. Das Aqua-Institut wiederum darf sie nicht herausgeben. Pech. Also musste ich mir als Datenjournalist mein eigenes „Benchmarking Lebertransplantation“ zusammensuchen, auf der Basis der Datenwüsten in den Krankenhausqualitätsberichten und der Weissen

Liste oder der Tätigkeitsberichte der Transplantationszentren der Deutschen Stiftung Organtransplantation (<http://www.dso.de/dso/gemeinschaftsaufgabe-organspende/transplantationszentren.html>), in denen jedes Krankenhaus jedoch ein bisschen anders meldet. Wer ein bisschen Excel beherrscht, kann eine Art „Rangliste“ aller Lebertransplantationszentren zumindest für die öffentlich verfügbaren Indikatoren zusammenstellen. Das vorläufige Ergebnis meiner kleinen Datensammlung: Man erkennt erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Transplantationszentren, etwa bei der Zahl der noch in der Klinik verstorbenen Patienten. Von den Patienten, die die Klinik lebend verlassen konnten, starben in manchen Kliniken im ersten Jahr noch einmal deutlich mehr als andernorts. Bei dieser Rate des „1-Jahresüberlebens“ nach Lebertransplantationen werden allerdings



Sterblichkeit in Unikliniken nach Lebertransplantationen in Prozent zwischen 2007 und 2011. Die Grafik zeigt die höchste, niedrigste und den Mittelwert der Sterblichkeit in diesem Zeitraum. Wenn diese Zahlen tatsächlich die Wirklichkeit widerspiegeln, dann hat die Leber-Transplantationsmedizin an einzelnen Standorten ein Erklärungsproblem. Wenn nicht, dann gibt es ein Problem bei der Qualitätsmessung, die den Namen Messung wohl kaum verdient. Basis der Angaben sind die Tätigkeitsberichte, veröffentlicht bei der Deutschen Stiftung Organtransplantation.



Anteil der Patienten, die auch ein Jahr nach der Transplantation noch am Leben sind in Prozent. Basis der Angaben sind die Qualitätsberichte der Krankenhäuser 2010.

nur Patienten gezählt, bei denen der Status des Organempfängers aus dem Jahr 2009 im Jahr 2010 bekannt war. Offenbar ist nicht in jedem Fall klar, ob ein Organempfänger ein Jahr nach der Transplantation noch lebt oder schon verstorben ist. Präzise Angaben zur Sterblichkeit kann man so kaum erwarten. Zudem sind die Fallzahlen für eine aussagekräftige Statistik ziemlich klein.

Immerhin. Ich schien meinem ersten Ziel nahe. Ich hatte Daten. Oder? Als ich dem Leiter der CTS meine krude Datenauswertung nicht ohne Stolz schickte, schlief er eine Nacht drüber und antwortete dann kurz und knapp: „Wenn man die Zahlen mit unseren vergleicht, lässt sich feststellen, dass bei AQUA offenbar einige Fälle fehlen, wir haben nämlich mehr Fälle in unserer Datei.“ Bei der Zahl der Patienten mit „unbekanntem Status“ gibt es sogar in beiden Sammlungen Probleme, irgendwie verschwinden Transplantierte

aus der Nachsorge, was übrigens kein gutes Omen für die Qualität der Dokumentation in Deutschland ist. Gerhard Opelz hält die verfügbaren Aqua-Daten in der publizierten Form für „wertlos“, um die Qualität der Transplantationsmedizin zu verbessern. Wertlos? Alle Mühe umsonst?

### Die Qualität der Daten ist mangelhaft

Ich bin bei meinem ersten traurigen Fazit: Es ist eine Warnung an alle motivierten Datenjournalisten. Bevor jemand weitreichende Schlüsse aus öffentlich zugänglichen Daten der Qualitätssicherung der medizinischen

Versorgung zieht, sollte er die Qualität der Quellen überprüfen.

Ich nahm mir zwei Einzelfälle vor und wurde stutzig. In dem Qualitätsbericht des Uniklinikums Aachen werden für das Jahr 2010 acht Lebertransplantationen gemeldet, in der Weissen Liste aber stehen nur zwei. Dieselbe Quelle, zwei verschiedene Werte. Wie kann das sein? Einige Emails später lässt sich nur sagen, dass sich keiner die Unterschiede erklären kann. Noch ein Einzelfall: Dieses Mal will ich die Angaben des Uniklinikums Leipzig prüfen, das Anfang des Jahres nach Göttingen, Regensburg und dem Klinikum Rechts der Isar in München in die Schlagzeilen geraten war. Nach Presseberichten war es dort bei immerhin 37 Lebertransplantationen zu Unregelmäßigkeiten bei der Organzuteilung gekommen, zwei Oberärzte wurden entlassen, der Leberchirurg beurlaubt. Um die Zahl der Manipulationsvorwürfe einordnen zu können,



wollte ich schlicht prüfen, wie viele Lebern in Leipzig denn pro Jahr transplantiert werden, also z.B. im Jahr 2010, in dem ein Teil der Manipulationen erfolgt sein soll. Da ich inzwischen wusste, dass Leipzig nicht an der freiwilligen CTS-Studie teilnimmt, war ich besonders neugierig zu erfahren, wie gut das Uniklinikum im Krankenhausqualitätsbericht und in der Weissen Liste abschneidet. Nach Telefonaten, Konsultationen und der Entnahme der Daten aus den verfügbaren Qualitätsberichten der Uniklinik Leipzig ([http://www.g-ba-qualitaetsberichte.de/Daten/261401052-00-2010-xml.xml\\_Referenzbericht.pdf](http://www.g-ba-qualitaetsberichte.de/Daten/261401052-00-2010-xml.xml_Referenzbericht.pdf)) ergab sich ein verwirrendes Bild. Schon bei der Dokumentation der bloßen Anzahl der Lebertransplantationen fand sich ein ziemlicher Datensalat. So steht im Jahresbericht des Uniklinikums Leipzig für das Jahr 2010 die stolze Zahl von 85 postmortalen Lebertransplantationen. Unter Abschnitt C-1-1 im Qualitätsbericht des Klinikums liest man unter „Erbrachte Leistungen Lebertransplantationen“ die Anzahl 63 für dasselbe Jahr („Dokumentationsquote 100 Prozent“). Unter C-5 im Abschnitt zur „Umsetzung der Mindestmengenverordnung“ steht bei Lebertransplantationen die Zahl 94. Schaut man auf die Qualitätsindikatoren des Aqua-Instituts, findet man bei der Anzahl der im Krankenhaus verstorbenen Lebertransplantierten als Bezugsgröße die Zahl 78, die damit der dem zuständigen Aqua-Institut gemeldeten Zahl der postmortalen Lebertransplantationen entsprechen dürfte. Komplett verwirrend wird es für den, der in die Weisse Liste schaut: Dort finden sich für das Jahr 2010 nur 52 Lebertransplantationen.

## Wie viele Lebern zum Beispiel in Leipzig tatsächlich transplantiert wurden, ist rätselhaft

Wie kommt es zu solchem Datenmüll? Beim Aqua-Institut erfahre ich auf Nachfrage eine Menge über verschiedene Datenabfrageroutinen.

Krankenhäuser mussten bisher zudem nicht 100 Prozent ihrer Behandlungsfälle dokumentieren. Einige Lebern durften Kliniken zwar abrechnen, bei der Qualitätssicherung aber weglassen. Wie ich inzwischen weiß, soll zumindest dieser Fehler für die Erhebungswelle 2013 abgestellt worden sein. Tatsächlich soll laut den neuen „Richtlinien über Maßnahmen der Qualitätssicherung in Krankenhäusern“ künftig bei Organtransplantationen von den Krankenhäusern eine hundertprozentige Dokumentationsquote verlangt werden. Angesichts der öffentlichen Diskussionen um das deutsche Organtransplantationsverfahren sei das von „allen Beteiligten als notwendiges Signal angesehen worden“, erklärte Josef Hecken, unparteiischer Vorsitzende des G-BA dem Deutschen Ärzteblatt. Eine geringere Dokumentationsquote könne den Eindruck erwecken, dass damit ein Anreiz für Verschleierungen geschaffen würde. „Eine Toleranz von zwei Prozent reicht ja aus, um das zu verstecken, was man verstecken will“, so Hecken. „Deshalb haben wir gesagt: Trotz möglicher technischer Probleme verlangen wir eine hundertprozentige Dokumentationsquote.“ Wenn ein Datensatz nicht übersendet wird, soll das künftig bei Organtransplantationen 2.500 Euro Strafe kosten. Zum Vergleich: Die Erstattung einer Lebertransplantation wird bei Schwerkranken schon mal mit mehr als 100 000 Euro verrechnet, egal ob der Patient nach der Operation weiterlebt oder noch in der Klinik verstirbt.

Es soll also nach dem Skandal einiges besser werden, auch für die nächste Generation der Datenjournalisten. Was aber war nun eigentlich in Leipzig los? Selbst die Pressestelle der Uniklinik braucht eine ganze Weile, um sich im „komplexen Datensalat“ zurechtzufinden. Dann kommt eine schriftliche Antwort: Danach könnten sich „Abweichungen gegenüber anderen Zahlen aus anderen Erfassungsgrundlagen“ oder „abweichenden Erfassungszeitpunkten (Entlassungszeitpunkt oder Zeitpunkt der Transplantation)“ ergeben. Die Zahl 52 in der Weissen Liste könne man „überhaupt nicht nachvollziehen“, womöglich sei das „ein Zwischenstand für ein laufendes Jahr.“ Schon möglich. Aber

was sollen Patienten dann mit diesem Datenschnitt anfangen? Wer trägt die Kosten für die Nebenwirkungen von falschen Entscheidungen, die Patienten auf der Basis unsinniger Daten treffen? Wie sollen Journalisten mit solchen „Qualitätsdaten“ umgehen? Besser die Finger davon lassen? Das wünschen sich vermutlich alle Beteiligten.

## Öffentlicher Druck ist nötig, damit die Dokumentation der Daten sich bessert

Damit bin ich bei meinem zweiten Fazit. Bisher setzt das System der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen in weiten Teilen auf Intransparenz. Selbst dort, wo Daten gesetzlich offen gelegt werden müssen, bereiten Akteure diese in der Regel so auf, dass aussagekräftige Ergebnisse in den Datenwüsten verloren gehen. In dieser Lage werden die meisten Journalisten früher oder später entnervt aufgeben oder sich auf die Auswertungen von Krankenkassen verlassen, die aber Parteien im Diskurs sind, schon weil sie die Interessen der Versicherten und Patienten ausbalancieren müssen. Für einen Journalismus über „Public Issues“ im Gesundheitswesen müsste also zunächst einmal der Zugang zu Daten dringend verbessert werden, dafür bräuchte es mehr öffentlichen, sprich journalistischen Druck. Und Datenjournalisten, die Quellen prüfen können. Und Ressourcen, so einen anspruchsvollen Journalismus zu betreiben. }

Volker Stollorz

ist freier Wissenschaftsjournalist und lebt in Köln.



## Wenn Daten schweigen

Mein kleiner Rundgang in den Datenfriedhöfen der Qualitätssicherung war eine herbe Enttäuschung für mich als Medizinjournalisten. In Deutschland werden es Datenjournalisten vorerst schwer haben, die Qualität der Versorgung kritisch prüfen zu können, sofern sie sich dabei nicht allein auf die Einsichten interessierter Akteure verlassen wollen. Um das zu ändern, müssten clevere Datenjournalisten vermehrt Schätze heben und Geschichten über regionale Unterschiede der medizinischen Versorgung in Deutschland erzählen. Je eher aussagekräftige Daten oder krasse Missstände sichtbar werden, desto mehr Aufmerksamkeit könnte „Medical-Data-Driven Journalism“ gewinnen. Wie das geht, zeigen erste Erfahrungen aus anderen Ländern. Erwähnt sei hier vor allem die amerikanische Journalisten-Organisation „Pro-Publica“ mit ihren Projekten „Dollars for Docs“, „Patient Safety – Exploring the Quality of Care in the US“ oder „Post Mortem – Death Investigation in America“.

Ein zentraler Ansatz, die Qualität der Versorgung im Sinne der Patienten auch in Deutschland zu verbessern, läge schlicht darin, vermehrt zuverlässige Qualitätsmerkmale der medizinischen Versorgung für Dritte messbar und Defizite in einem zweiten Schritt transparent zu machen. Der Transplantationsskandal um Lebern hat deutlich gemacht, dass die bisher zaghafte Versuche der Qualitätsmessung á la Aqua-Institut Fehlanreize und Fehlverhalten und auch mangelnde Qualität nicht zuverlässig erkennen können oder wollen. Es fehlten hierzulande Anreize, resümiert die aktuelle Studie der Böll-Stiftung „Wie geht es uns morgen?“, die die für Versicherte „relevanten Qualitätsmerkmale definieren, angemessene Informationsformate und Kommunikationswege beschreiben und die entsprechenden Berichtspflichten für Leistungsbringende und Versicherungen zur Marktzugangsvoraussetzung machen“ ([http://www.boell.de/downloads/2013\\_02\\_Bericht\\_der\\_Gesundheitskommission.pdf](http://www.boell.de/downloads/2013_02_Bericht_der_Gesundheitskommission.pdf)). Diesem nüchternen Befund ist wenig hinzuzufügen, außer dass er zur Basis für guten Datenjournalismus über die Fehlentwicklungen in der Medizin werden könnte. Dazu bräuchte es vermehrte „Open-Data“-Initiativen in der Medizin und in der Versorgung. Hier sollten sich vermehrt auch Verbände von Medizin- und Wissenschaftsjournalisten engagieren und einmischen.

Was den Vertrauensverlust in die deutsche Transplantationsmedizin und den wachsenden Wettbewerb um knappe Organe angeht, behaupten inzwischen alle möglichen Akteure in der öffentlichen Diskussion, dass Transparenz das beste Desinfektionsmittel sei. Bei den aktuellen Debatten fällt aber auf, dass einige lautstarke Stimmen von Transplantationsmedizinern stammen, die in der Vergangenheit sehr wenig zur Transparenz der eigenen Zentren beigetragen haben. Manche Wortführer haben die Vorgänge in ihren eigenen Zentren nicht so dokumentiert, dass Dritte erfahren durften, welche Erfolge aus Patientensicht erzielt wurden. Andere haben ihre Transplantationsergebnisse nicht korrekt an Eurotransplant gemeldet. Das müsste eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein bei der transnationalen, solidarischen Verteilung extrem knapper Ressourcen. Transplanteure in Zentren wiederum, die ihre Daten stets ordentlich gemeldet haben, werden hinter den Kulissen konfrontiert mit der Forderung, man solle sie aufgrund schlechter Ergebnisse schließen. Allenthalben wird gefordert, unabhängige Kontrollstrukturen zu schaffen. Dass die aber nur wirken können, wenn die relevanten Daten erhoben und zeitnah ausgewertet werden, bleibt meist unerwähnt. Datenfriedhöfe gibt es schon genug in der Transplantationsmedizin. Auch an Kommissionen, die Missstände diskutieren, mangelt es nicht. Kürzlich erst richteten Chirurgen und Internisten eine weitere „Task-Force Transplantationsmedizin“ ein mit Vertretern, die in den bisherigen Kommissionen noch nicht vertreten waren. Und das Bundesministerium für Gesundheit schrieb ein „Fachgutachten für ein nationales Transplantationsregister aus.“ Darin soll der „Ist-Zustand der Datenerfassung zusammengefasst“ und der „Mehrwert“ einer „darüber hinausgehenden einheitlichen Datenerhebung“ erarbeitet und Vorschläge zur Gestaltung eines Transplantationsregisters in Deutschland unterbreitet werden. Das Gutachten wird wohl erst nach der Bundestagswahl fertig werden. Es wird also dauern, bis die Qualität der Transplanteure öffentlich sichtbar wird. Das Schweigen über die Daten zu den Organverpflanzungen ist im Grunde der eigentliche Transplantationsskandal. }

Volker Stollorz

## Es geht um alles: Tesla gegen die New York Times

Das publizistische Kräftemessen um ein Elektroauto ist ein Lehrstück über die Herausforderungen, denen sich der Journalismus in der digitalen Moderne stellen muss.

Von Leif Kramp

Motorjournalisten wird nicht selten eine problematische Nähe zum Gegenstand ihrer Arbeit nachgesagt. Dabei hat die Zusammenarbeit zwischen Redaktionen und der Automobilindustrie System: Um über neue Modelle berichten zu können, sind Journalisten auf Testfahrzeuge angewiesen. Diese werden ihnen, so die gängige Praxis, kostenlos zur Verfügung gestellt. Wird die kostenfreie Ausfahrt aber, auch dies ist gängige Praxis, mit der Einladung zu einer Reise in ein Urlaubsgebiet verbunden, wo das neue Modell vor malerischer Kulisse in Szene gesetzt werden soll, wird zweifellos die journalistische Integrität auf die Probe gestellt und die Berichterstattung angreifbar.

Auch John M. Broder von der *New York Times* ließ sich einladen, um ein Auto zu Testzwecken zu fahren. Nun ist Broder kein gewöhnlicher Motorjournalist und das Objekt seiner Berichterstattung war kein gewöhnliches Automobil. Als langjähriger politischer Washington-Korrespondent, der zeitweise auch dem Pressekorps des Weißen Hauses angehörte, verfügt er über eine ausgewiesene Expertise zu energie-, umwelt- und klimapolitischen Themen. So stand nicht nur das über 70.000 Euro teure Modell Tesla S – ein Elektroauto – im Mittelpunkt seines Interesses, sondern auch das von der Herstellerfirma aufgebaute Versorgungsnetz mit sogenannten ‚Superchargern‘ – Hochleistungs-ladestationen für die Luxus-Limousinen. Kurzum: Nach der ersten Testfahrt eines Times-Kollegen an der Westküste der USA im September 2012 sollte nun ein Ausflug entlang der Ostküste klären, ob Elektromobilität im Land der weiten Horizonte schon heute tatsächlich ohne Abstriche möglich ist.

Ganz anders als der Kollege kam Broder auf seiner Route, die ihn im Januar 2013 von Washington, D.C. nach Norden über Newark und New York City bis hinauf in den Bundesstaat Connecticut führen sollte, zu dem Schluss, dass Teslas Vision von

der Zukunft des Fernverkehrs wenig überzeuge. Er sei auf „Tesla’s Electric Highway“ schlicht und einfach liegen geblieben, so steht es schon in der Überschrift. Die Schlappe des Akkus kam nach Broders Schilderung letztlich nicht überraschend: Sein Fahrbericht lässt nichts Gutes an der jungen Premium-Marke. Er urteilt hart über die vielfach gelobte Ingenieurleistung des Unternehmens und über den Kundenservice. Broder schürt unverhohlen die Angst vor dem ungewollten Halt auf freier Strecke, vor Stillstand und Kontrollverlust. Sein Bericht liest sich wie eine Tour de Force, bei der winterliche Außentemperaturen, lange Ladezeiten, wechselnde Reichweitenangaben und zum Teil widersprüchliche Tipps des Herstellers dem Fahrer zu schafften machen. Dieser Bericht, erschienen im Automobilteil der *New York Times* und illustriert mit einem Foto, das die windschnittige Karosserie auf einem Abschleppwagen zeigt, drohte für Tesla zum Fiasko zu werden.

Dank Social Media sind  
Kritisierte wehrhaft  
geworden

Tesla steht für einige Superlative im noch überschaubaren Sektor für Elektroautos und gilt – auch dank der PR- und Lobbyarbeit des CEO und Co-Gründers Elon Musk – als Vorreiter bei der Konstruktion elektrischer Automobilantriebe. Die globale Energiedebatte und wachsende Sensibilität für die Endlichkeit fossiler Energieträger haben das im kalifornischen Silicon Valley ansässige Unternehmen insbesondere in den USA, Europa und Japan in nur wenigen Jahren bekannt gemacht. Zu seinen Kooperationspartnern zählen unter anderem Daimler Benz und Toyota. Bislang konnte sich Musk, ebenfalls Gründer des High-

tech-Weltraumunternehmens SpaceX und Co-Gründer des Online-Bezahl-systems Paypal, auf einer Woge der Zustimmung wähen. Die zumal auch im Ton recht barsche Kritik der *New York Times* traf ihn also entsprechend hart, wenn auch nicht unvorbereitet, hatte Tesla den Testwagen doch mit allerhand Elektronik ausgestattet, die eine lückenlose Überwachung der Fahrt möglich machte.

Schon wenige Tage nach Broders Abrechnung meldete sich Musk über Twitter und in einem Fernsehinterview zu Wort, bis er schließlich mit einem Eintrag in Teslas Firmen-Blog zum publizistischen Gegenschlag ausholte: Nicht nur versuchte er die Vorwürfe mit den aufgezeichneten Leistungs- und Bewegungsdaten zu widerlegen. Auch stellte er dezidiert die professionelle Integrität des Kritikers in Frage, indem er anmerkte, Broders Meinung sei voreingenommen gewesen, da dieser schon in früheren Artikeln eine ausgesprochen negative Haltung gegenüber Elektroautos gezeigt habe. Ähnliche Erfahrungen mit der populären britischen Autosendung Top Gear, bei der das Tesla Modell aus inszenatorischen Gründen negativ vorgeführt worden sei, gibt Musk als maßgeblichen Grund für den Einbau der Kontrolltechnik an, um in Zukunft besser gegen Kritik gewappnet zu sein.

Logfiles beschädigen  
die Integrität  
der New York Times

Die Auflistung der aus den Logfiles extrahierten Orts-, Zeit-, Geschwindigkeits-, Temperatur- und allen voran Kapazitätsdaten der Lithium-Ionen-Akkumulatoren des Testwagens, komplementiert mit einigen ausgewählten Diagrammen, suggerieren dem Leser vor allem eines: dass sie die Wahrheit

über den tatsächlichen Verlauf der strittigen Testfahrt in sich tragen. In einer zum Teil minutiösen Rekonstruktion der Testfahrt versucht Musk die aufgezeichneten Daten mit den Angaben in Broders Artikel abzugleichen und kommt dabei zu eindeutigen Schlüssen: Broder habe nicht wahrheitsgetreu berichtet und sogar Tatsachen wissentlich verändert – für Musk ein klares „no win scenario“ für sein Auto. Schnell ging es um scheinbar geringfügige Details, die angesichts der ernsten Anschuldigungen gegenüber dem Reporter jedoch offenbaren, wie akribisch ein Journalist heutzutage Aufzeichnungen anfertigen sollte, um sich im Zweifelsfall glaubhaft verteidigen zu können: Hatte der Reporter die Innentemperatur des Fahrzeugs reduziert oder gar noch erhöht? Wann genau drehte er den Temperaturregler in welche Richtung? Wie lange fuhr er schneller als erlaubt? Und weshalb ist er in einem Zeitfenster von nur wenigen Minuten ständig im Kreis gefahren?

## Dieser Fall zeigt, wie wichtig die Sozialen Medien geworden sind

Auch diverse Stellungnahmen Broders zu den verschiedenen Vorwürfen beruhigten die Diskussion im Social Web kaum. Hunderte von Kommentaren sammelten sich unter den Blogposts von Musk und Broder, bei Twitter und Facebook gewann das Thema eine ganz eigene Dynamik. Es entwickelte sich jedoch nicht nur ein renitentier ‚Shitstorm‘, jene schwallartige Beschwerde- und Verleumdungskommunikation von Nutzern, mit der auch andere Redaktionen und einzelne Autoren immer häufiger zu kämpfen haben. Kritik an der Berichterstattung nahm auch kreativ-konstruktive Formen an: Bereits eine Woche nach Veröffentlichung des vernichtenden Fahrberichts initiierten Kunden eine Aktion, bei der die Testfahrt mit sechs privaten S-Modellen wiederholt und dabei die Fahrdaten in Echtzeit über Twitter vermeldet wurden. Von Batterieproblemen berichtete keiner der Fahrer.

Bei dem ungewöhnlichen publizistischen Kräfteressen zwischen einem gestandenen Journalisten und einem medienaffinen Unternehmer ging es für beide Parteien schnell um alles: um die technologische Integrität eines Zukunftsprodukts und damit den Aktienkurs, aber auch um die journalistische Integrität und damit die Glaubwürdigkeit eines Leitmediums. Hinter der Auseinandersetzung verbirgt sich weitaus mehr als das klassische Austragen von Kritik und Gegendarstellung, bei dem der Journalismus in der Vergangenheit durch seine publizistische Exklusivstellung regelmäßig die Oberhand behielt und es gescholtenen Unternehmen allenfalls übrig blieb zu hoffen, über Umwege mit Presseerklärungen und Werbeanzeigen bei der medialen Konkurrenz Aufmerksamkeit für ihre Sicht der Dinge erzeugen zu können.

Zwar berichteten andere Medien über den Streit und unternahmen vereinzelt auch eigene Testfahrten. Der Fall Tesla jedoch zeigt allen voran, wie wichtig die Sozialen Medien in der Unternehmenskommunikation geworden sind und wie effektiv sie mittlerweile eingesetzt werden, um journalistische Urteile anzufechten, alternative Informationsangebote zu lancieren oder aber gar Gegenöffentlichkeiten zu schaffen. Der Fall Tesla zeigt zudem auf eindrucksvolle Art und Weise, wie die Solidarität einer auserlesenen Kundenschaft gestärkt und darüber hinaus auf Nutzer ausgeweitet werden konnte, die mit den Produkten und der Philosophie des Unternehmens sympathisieren. Diese Mobilisierungsprozesse liefen in aggressiver Opposition zur *New York Times* ab – eine Strategie, die auch deshalb aufging, weil der Ruf der mächtigen Nachrichtenmarke als Glaubwürdigkeitsinstanz angeschlagen ist.

## Der Fall ist ein Lehrstück dafür, worauf sich Journalismus einstellen muss

Die *New York Times* trifft jeder gerechtfertigte Zweifel an der journalistischen Integrität ihrer Mitarbeiter

empfindlich. Die Arbeit der Redaktion wird schon seit Jahren von einer Reihe kritischer ‚Watchblogs‘ beobachtet – insbesondere seit mehrere Skandale die Redaktion erschütterten. So stellte sich im Jahre 2003 heraus, dass der aufstrebende Jungredakteur Jayson Blair den Großteil seiner Reportagen und Portraits verfasst hatte, ohne selbst am Ort des Geschehens gewesen zu sein, geschweige denn mit den genannten Personen gesprochen zu haben. Folgen für das Selbstverständnis der *New York Times* hatte auch der Skandal um die Reporterin Judith Miller, die im Jahre 2005 überführt wurde, sich in ihren Berichten über angebliche Massenvernichtungswaffen im Irak auf unglaubwürdige Informanten gestützt und damit im Interesse der Regierung George W. Bushs berichtet zu haben.

## Die Loyalität des Publikums ist gefährdeter denn je

Die Skandale der Vergangenheit haben den Ruf der *New York Times* zweifellos ramponiert und nehmen sie in die Pflicht, sich umso stärker für die Aufrechterhaltung journalistischer Tugenden von Sorgfalt, Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit einzusetzen. Der Journalismus insgesamt ist angreifbar geworden. Er hat seine Exklusivstellung verloren. Dies betrifft sowohl seine Rolle bei der gesellschaftlichen Selbstverständigung als auch seine Macht, Kampagnen zu fahren, Stimmung zu machen und Meinungen zu prägen. Tesla-Chef Musk hat bei Twitter rund 190.000 Follower, die auch als neue Form von Abonnenten gelten können und nicht mehr (allein) die Berichterstattung klassischer Medienmarken verfolgen. Tesla vs. *New York Times* ist deshalb in mehrfacher Weise ein Lehrstück über die Herausforderungen, denen sich der Journalismus in der digitalen Moderne stellen muss:

1. Medien- und Journalismuskritik wird öffentlicher, alltäglicher, aber auch substantieller: Das Handeln von Journalisten und die Ergebnisse ihrer Arbeit werden sowohl von Nutzern als auch von Unternehmern mit den publizistischen und diskursiven Mitteln



digitaler Medientechnologien öffentlich hinterfragt, korrigiert und herausgefordert. Bei Ungenauigkeiten muss ein Berichterstatter mit scharfem Gegenwind rechnen, auch und gerade in Bezug auf die in der Regel komplizierten Zusammenhänge in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Unternehmen, Verbände, öffentliche Einrichtungen, selbst Behörden rüsten auf im zunehmend im Internet ausgetragenen Kampf um die Deutungshoheit und machen dadurch journalistischen Angeboten Konkurrenz. Den signifikanten Unterschied stellt dabei die Qualität der Wehrhaftigkeit neuer publizistischer Akteure dar, die sich nicht scheuen, Berichte in Frage zu stellen und mitunter auch zu widerlegen.

## Journalistische Mentalitäten müssen sich ändern

2. Die Loyalität von Lesern, Hörern und Zuschauern zu Medienmarken und ihren Journalisten ist gefährdeter denn je: Journalisten befinden sich mit anderen publizistisch aktiven Akteuren im Wettbewerb um die Aufmerksamkeit, aber auch um das Vertrauen der Nutzer. Medienmarken erschüttern zwar regelmäßig mit ihrer kritischen Berichterstattung den Glauben in die Qualität von Konsumgütern. Die Medienmarken selbst wurden in der Vergangenheit aber durch die schwache strukturelle Verankerung der Medienkritik nur selten zum Stein des Anstoßes. Je selbstverständlicher Journalismus nun kritisch beobachtet, kontrolliert und reflektiert wird, desto mehr müssen Journalisten und ihre Medienhäuser um ihr Ansehen kämpfen und für die Glaubwürdigkeit ihrer Angebote werben. Entscheidend ist hierbei das dialogische Aufgreifen der Kritik und der Nutzerwünsche: In Zukunft wird der Erfolg einer Redaktion nicht allein an der Qualität ihrer journalistischen Beiträge gemessen werden, sondern auch wesentlich davon abhängen, wie bereitwillig Journalisten mit Kritik umgehen und wie sie sich auf entsprechende Diskussionen einlassen.

3. Die Technik-Abhängigkeit von Journalisten verschärft sich: Das sich hartnäckig haltende Klischee des Berichterstatters, der allein mit einem Zettelblock und Kugelschreiber seinen Recherchen nachgeht, gehört längst der Vergangenheit an. Nicht nur das journalistische Angebot geht mit der Zeit und ist auf immer neuen Kanälen, Plattformen und Endgeräten abrufbar. Vor allem auch handwerklich sind Journalisten immer nachdrücklicher gefordert, emergente Technologien bei der Recherche, aber auch bei der Entwicklung neuer Darstellungsformen zu adaptieren, um ihre Vermittlungsaufgabe angesichts der Fülle verfügbarer Informationen und Daten besser erfüllen zu können. Die Überrumpelung des Times-Redakteurs mit der Veröffentlichung seiner aufgezeichneten Fahrwerte zeugt auch davon, dass der Umgang mit Daten selbst in fortschrittlichen Redaktionen für viele Journalisten noch die Ausnahme denn die Regel darstellt. Zwar ist Datenjournalismus mittlerweile ein in vielen Redaktionen angekommener, aber mitunter nur zurückhaltend angenommener Trend. Nun gehören Kenntnisse über statistische Verfahren bekanntermaßen zur Achillesverse des Journalistenberufs. Der Berichterstatter muss nicht zum Informatiker werden, um belegen zu können, dass auch rohe Daten ohne journalistische Einordnungsleistung sinnlos walten können und meist viele unterschiedliche Wahrheiten enthalten, deren Interpretation nicht selten selbst unter Fachleuten strittig bleibt. Um dies zu leisten, braucht es eine technologische Basis-Kompetenz, die sich Journalisten mit Neugierde und Lernbereitschaft mithilfe digitaler Hilfsmittel aneignen können.

4. Mentalitäten im Journalismus müssen sich wandeln: Die Zukunft wird viele Formen, Kombinationen und Arbeitsmöglichkeiten im Journalismus kennen. Die digitale Moderne ist ein Segen für den Journalismus: Nie gab es mehr Betätigungs-, Ausdrucks- und Vertriebsmöglichkeiten für Journalismus als heute. Wie eindrucksvoll hätte der Autor der *New York Times* sein Publikum informieren und sicherlich auch überzeugen können, hätte er die Möglichkeiten des Daten- und Sensorenjournalismus ausgeschöpft, um seinen streitbaren Bericht über die vermutete

Unzuverlässigkeit der Elektromobilität nicht nur mit Worten, sondern mit selbst generierten Daten zu untermauern? Welchen Reiz hätte John M. Broders Elegie geweckt, wenn er – statt sich in einem konventionellen Bericht auf das Look & Feel seines Road Trips zu konzentrieren – die Öffentlichkeit in actu an seiner Fahrt hätte teilhaben lassen und von vornherein die Diskussion mit Nutzern und dem Unternehmen gesucht hätte? Stattdessen überließ er dieses Interaktionspotenzial Tesla und dessen Kunden. Der Journalismus der nahen Zukunft verspricht flexibler, interaktiver und dialogischer zu werden. Dazu braucht es in erster Linie einen Wandel von althergebrachten Mentalitäten; denn wer Zukunftskonzepte wie Open Newsroom, Crowdsourcing oder Liquid Journalism zu antizipieren wagt, um Journalismus in der Mitte einer Gesellschaft zu praktizieren, die zunehmend eine digitale wird, muss sich auch seiner in Teilen marginalisierten Rolle als Agent der Öffentlichkeit bewusst werden und dadurch die Dringlichkeit zur Öffnung, Kollaboration und Partizipation erkennen. Dabei geht es nicht darum, sich blind den Wünschen der Nutzer zu unterwerfen, sondern vielmehr um die Bereitschaft, offen für Anregungen und Kritik zu sein, und das nicht nur im Nachhinein, sondern schon während des journalistischen Arbeitsprozesses. Dieser Weg mag beschwerlich sein, doch wird er dabei helfen, sich das Vertrauen der Nutzer immer wieder neu zu verdienen. }

Gerade erschien der von Leif Kramp mitherausgegebene Sammelband „Journalismus in der digitalen Moderne. Einsichten – Ansichten – Aussichten“ bei Springer VS (gem. mit Leonard Novy, Dennis Ballwieser und Karsten Wenzlaff).

### Leif Kramp



ist Kommunikations- und Medienwissenschaftler am ZeMKI der Universität Bremen.



# Wie wissenschaftlich ist Datenjournalismus?

## Ergebnisse einer bundesweiten Befragung

Von Stefan Weinacht und Ralf Spiller

Die ZEIT bringt sie regelmäßig, die Süddeutsche Zeitung immer häufiger und auch die taz mischt manchmal mit. Die Rede ist von datenjournalistischen Projekten der Onlineableger deutscher Leitmedien. Dabei visualisieren Journalisten gemeinsam mit Programmierern und Grafikern große Datenmengen und zeigen neue Beziehungen auf. Häufig kann sich der User selbstständig in den präsentierten Daten orientieren, so z.B. beim bekannten „Zugmonitor“ der Süddeutschen Zeitung, der Verspätungen der Deutschen Bahn visualisiert ([zugmonitor.sueddeutsche.de](http://zugmonitor.sueddeutsche.de)).

Einige Datenjournalisten rühmen sich ihrer „wissenschaftlichen Methoden“, mit denen sie ihre Datensätze bearbeiten. Die Wissenschaft hat's bisher wenig interessiert. Doch was steckt wirklich hinter dem Schlagwort? Wie wissenschaftlich ist er, der Datenjournalismus, und sollte er das überhaupt sein?

Kooperationsprojekte zwischen Datenjournalisten und Wissenschaftlern sind bisher nur vereinzelt und lediglich aus Nachbarländern bekannt. Wissenschaftliche Studien zum Datenjournalismus sind rar. Und eine kritische Diskussion des Spezialaspekts der „Wissenschaftlichkeit des Datenjournalismus“ hat bis dato weder unter Datenjournalisten noch unter Wissenschaftlern in bemerkenswertem Rahmen stattgefunden.

Antworten auf diese Frage gibt eine Studie, die wir am Institut für Journalismus und Public Relations der Westfälischen Hochschule sowie an der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation in Köln durchgeführt wurde. Sie beleuchtete erstmals das Feld, indem wir 33 Datenjournalisten in Deutschland befragt haben.

Zunächst einmal irritiert die geringe Zahl von 33 qualitativ befragten Experten aus methodischen Gründen. Ein Phänomen, das in Journalismus und Ausbildung viel Aufsehen erregt hat, soll durch 33 Erfahrungsberichte, Einstellungen und Meinungen ab-

bildbar sein? Tatsächlich aber erwies sich die empirische Sachlage als ernüchternd: Neben den 33 Befragten fanden sich nur wenige weitere Menschen in Deutschland, die sich selbst als Datenjournalisten bezeichnen. Also wurden ausgehend von der einschlägigen Berichterstattung in Branchenzeitschriften per Schneeballsystem Datenjournalisten identifiziert. Weil man sich ganz offensichtlich durch Stammtische, Konferenzen und intensive Wettbewerbsbeobachtung innerhalb der Community recht gut kennt und weil alle wiederholt genannten Personen befragt wurden, dürfte das Sample quantitativ und qualitativ belastbar sein. Diese fragwürdig anmutende Identifikation der Grundgesamtheit erwies sich als unumgänglich, so lange es noch keine weithin anerkannte Nominaldefinition für das Phänomen Datenjournalismus gibt.

Unsere gesammelten Ergebnisse ergeben eine deutlich konturierte Momentaufnahme:

Nur wenige der Befragten arbeiten heute im Rahmen einer Festanstellung. Die Mehrzahl ist entweder „festangestellt und betreibt den Datenjournalismus als Hobby nebenbei“ oder arbeitet als „freier Journalist, der auch datenjournalistische Projekte realisiert.“

Wer sich heute „Datenjournalist“ nennt, hat studiert. Mehrfach wird Informatik als Studienfach genannt, häufig speziell Journalismus oder Journalistik. Das Wort der „Wissenschaftlichkeit“ des Datenjournalismus sollte also aus berufenem Munde kommen. Und es wird häufig verwendet, wenn Datenjournalisten über den Datenjournalismus reden.

Das fängt an bei der historischen Betrachtung: Einer sieht den „Datenjournalismus losgetreten durch Leaking-Geschichten und untermauert durch allgemeine Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Medien.“ So sei der Trend entstanden, dass Journalisten wissenschaftlicher arbeiteten und ihre Quellen

und Daten offenlegen müssten. Deutlich häufiger wird der Datenjournalismus aus dem Computer Assisted Reporting (CAR) abgeleitet, das beschrieben wird als „sozialwissenschaftliche Methode, computergestützt und auf Journalismus angewendet“.

Noch häufiger wird dem Datenjournalismus eine Wissenschaftlichkeit unterstellt, wenn schlicht danach gefragt wird, was Datenjournalismus eigentlich ist. Irgendwo zwischen Definition und geflügeltem Wort bewegt sich ein Ausspruch von Steve Doig, Professor für CAR an der Walter Cronkite School of Journalism and Mass Communication der Arizona State University. Seiner Meinung nach ist Datenjournalismus „social science done on deadline“. Soweit geht kein deutscher Datenjournalist. Aber die Richtung ist beliebt: „Datenjournalismus ist ein Journalismus, der auf einer großen Menge von Rohdaten basiert, die mit wissenschaftlichen Methoden ausgewertet werden.“ Die hier implizite Abgrenzung zum „normalen“ Journalismus wird auch gerne expliziert: „Normalerweise werden im Journalismus keine sozialwissenschaftlichen oder statistischen Methoden und deren Werkzeuge angewendet“, im Datenjournalismus aber eben schon.

Wie kann dieser Selbstanspruch interpretiert werden? Aus der nüchternen Sicht des Wissenschaftlers kann die These von der Wissenschaftlichkeit des Datenjournalismus sogar gestützt werden: Datenjournalismus ist intersubjektiv nachvollziehbar, wenn die Veröffentlichung begleitet wird von einem Text zur Entstehung. Im Einzelfall ist dann unter Umständen auch die Validität der zu Grunde liegenden Primärerhebung einschätzbar.

Andererseits scheinen Datenjournalismus und Wissenschaft ebenso plausibel abgrenzbar. „Ein Statistiker ist noch kein Datenjournalist, auch reines Computer Assisted Reporting (CAR) ist noch kein Datenjournalismus. Jour-

nalistisch am Datenjournalismus ist, dass er Themen aufspürt, Relevanz im Sinne von Nachrichtenwerten entdeckt oder erzeugt und mit journalistischen Darstellungsformen aufbereitet. Vernachlässigen Datenjournalisten eines dieser Kriterien, dann sind sie keine Journalisten, sondern Sozialwissenschaftler, Statistiker oder Infografiker," schreibt Annette Leßmöllmann, Professorin für Wissenschaftsjournalismus an der Hochschule Darmstadt, <http://journalistik-journal.lookingintomedia.com/?s=Annette+Le%C3%9Fm%C3%B6llmann&sbutt=Find>.

Für die strikte Trennung von Datenjournalismus und Wissenschaft sprechen drei Argumente:

1) Datenjournalismus hält sich selten an den idealtypischen Forschungsprozess, der üblicherweise mit einer Forschungsfrage beginnt und für die Antwort nach Daten sucht. Im Datenjournalismus steht am Anfang nicht selten ein Datenberg und eine Forschungsfrage wird zur überflüssigen Nebensache, wenn man nur eine spektakuläre Information in den Daten gefunden hat. „Jeder hat so seine Art, entweder mit der Hypothese oder dem Datensatz anzufangen“, erklärte einer der befragten Datenjournalisten.

2) Die Reliabilität eines datenjournalistischen Projekts mag bei Einzelarbeiten naheliegend sein. Bei Teamarbeiten und insbesondere beim Crowd-Sourcing im Sinne der arbeitsteiligen Interpretation von Datensätzen wird sie allerdings nie gemessen.

3) Vereinzelt entstand in den Interviews der Eindruck, Wissenschaftlichkeit sei gegeben, sobald das Programm Excel verwendet wird. Mehrheitlich aber ergibt sich Wissenschaftlichkeit durch die sachgerechte Anwendung von Erhebungsmethoden. Nur in Einzelfällen ziehen sich Datenjournalisten auch den großen Schuh der „statistischen Auswertung“ an. In der Praxis reichen dem Vernehmen nach rein deskriptive Auszählungen. Man sucht nach Extremwerten und regionalen Häufungen. Man wertet nach journalistischen Kriterien aus: Kann ich skandalisieren? Interessiert das jemanden? Man wertet nicht nach wissenschaftlichen Kriterien aus.

Die Datenjournalisten schreiben sich also gerne Wissenschaftlichkeit auf die Fahnen. Die harten Kriterien des wissenschaftlichen Arbeitens werden aber nur bedingt erfüllt. Was auf den ersten Blick verwerflich scheint, ist auf den zweiten Blick sinnvoll.

Wieso sollten Journalisten – und nur für diese Funktion werden Datenjournalisten von Medienunternehmen bezahlt – nach den Kriterien des Wissenschaftssystems arbeiten? In jedem Fall wäre das wirtschaftlich unrentabel, weil Forschung nun mal zeit- und ressourcenaufwändiger angelegt ist als die journalistische Recherche. Auch normativ erwartet die Gesellschaft vom Journalisten kompaktere Informationen als das ausdifferenzierte Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie.

Schließlich spricht folgender Vergleich für die strikte Trennung von Datenjournalismus und Wissenschaft: Würde man von Datenjournalisten eine Arbeit nach den Qualitätsmaßstäben der Wissenschaft auf Kosten der Effizienz verlangen, wäre das wie die Forderung an einen Wissenschaftler, er möge doch Forschungsberichte mit journalistischer Eleganz und auf Kosten der definitorischen Genauigkeit formulieren.

Die meisten Datenjournalisten, die ihre Arbeit in irgendeinem Zusammenhang mit Wissenschaft brachten, wollen auch gar nicht den Wissenschaftlern die Arbeit abnehmen. Sie nehmen ja nur die Verwendung „wissenschaftlicher Methoden“ in Anspruch. Abgesehen davon, dass viele Wissenschaftsbereiche unter „Methoden“ völlig unterschiedliche Dinge verstehen, überbieten sich Wissenschaftler auf Tagungen in aller Regel auch im Methoden-Wettbewerb: „Wie haben Sie diese Daten denn genau erhoben? Das soll eine ordentliche Befragung gewesen sein?“ Ein guter Methodiker weiß eigentlich immer, wie man eine noch bessere Datenbasis hätte erzielen können. So besehen haben Datenjournalisten, zumal wenn Sie Daten online und zumeist ohne definierbare Grundgesamtheit generieren, wissenschaftlich keinen wirklich guten Stand.

Bevor nun also Journalisten versuchen, hohe wissenschaftliche Standards zu erfüllen, und bevor Wissenschaftler versuchen, Journalisten auf der Autobahn der populären Medien zu überholen, gäbe es noch den gangba-

ren Mittelweg der projektbezogenen Kooperation. Es ist mehr als erstaunlich, dass nur ein einziger befragter Datenjournalist von einer solchen Zusammenarbeit berichtet hat. Denn: Wo der Wissenschaftler die notwendigen Voraussetzungen für eine sinnvolle Datensammlung und Datenauswertung beherrscht, haben Datenjournalisten in aller Regel die bessere Qualifikation für die Darstellung der Ergebnisse, um Aufmerksamkeit beim Publikum zu erregen.

Was wäre die Zusammenarbeit doch für eine WinWin-Situation! Gemeinsam werden Themen gesucht, die die Wissenschaft voranbringen und ein breites Publikum informieren und unterhalten können. Journalisten sammeln reichlich Daten, die dank wissenschaftlicher Beratung nicht von Anbeginn an Verzerrungen in sich tragen. Wissenschaftler bekämen Daten, die sie sonst nicht hätten, etwa weil Datenjournalisten neue Datenquellen erschließen. Journalisten bekämen sinnvolle und abgesicherte Auswertungen. Und Wissenschaftler könnten schließlich im wissenschaftlichen Wettkampf reüssieren mit Darstellungen, insbesondere Visualisierungen, die eine differenzierte Ergebnisdiskussion beflügeln und diese nicht derart erschlagen, wie das manch dröge Ergebnis-Vorlesung noch heute mit sich bringt. }

#### Stefan Weinacht

lehrt an der Westfälischen Hochschule Kommunikationswissenschaft im Institut für Journalismus und Public Relations.



#### Ralf Spiller

unterrichtet im Studiengang Medienmanagement an der Hochschule für Medien und Kommunikation, Köln.



## Das britische Science Media Centre (SMC) und was wir davon lernen können

Mit einer viermonatigen „Explorationsphase“ wollte die WPK herausfinden, ob die Gründung eines Science Media Centre (SMC) nach britischem Vorbild in Deutschland sinnvoll und machbar ist. Das Projekt wurde von der Robert Bosch Stiftung gefördert, im März haben wir die Ergebnisse der Stiftung in Stuttgart vorgestellt. Für das Quarterly beschreiben Holger Hettwer, Simone Rödder und Franco Zotta ihre Sicht auf das britische SMC – und was sich daraus für die Situation in Deutschland ableiten lässt.

Von Holger Hettwer, Simone Rödder  
und Franco Zotta

Vor zehn Jahren ist das britische „Science Media Centre“ (SMC-UK) als weltweit erstes SMC gegründet worden. Wie arbeitet das SMC in London, wie ist es organisatorisch und finanziell aufgestellt und was lässt sich aus seiner Entstehungsgeschichte und seinem gegenwärtigen Standing lernen? Für unsere Analyse haben wir neben Dokumenten- und Literatur-Recherchen Interviews mit Protagonisten, Beobachtern und Kritikern geführt.

Neben Ansatz, Ausrichtung und Angeboten des britischen SMC standen seine spezielle Funktion an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Medien sowie seine Reputation nach zehn Jahren Bestandszeit auf unserer Agenda. Insbesondere interessierte uns der Impact des SMC-UK auf den Wissenschaftsjournalismus – und welche Erkenntnisse sich daraus für die mögliche Implementierung und das Selbstverständnis eines deutschen SMC ableiten lassen: Hat das britische SMC auch Modellcharakter für die Situation in Deutschland – oder gibt es Gründe, das UK-Modell in Deutschland nicht zu kopieren?

### Das SMC-UK in London

2002 mit drei Mitarbeitern gestartet, arbeitet das SMC im Jubiläumsjahr 2012 mit neun Vollzeitkräften. Das aktuelle Jahresbudget beläuft sich auf 617.000 € (£ 530.000). Außer dem Wellcome Trust, in dessen Räumen das SMC auch beheimatet ist und der 30% des Jahresbudgets finanziert,

darf kein Sponsor mehr als 5% des Jahresbudgets beitragen. Diese finanzielle Deckelung soll die operative Unabhängigkeit von einzelnen Sponsoren garantieren. Auf seiner Website weist das SMC-UK insgesamt 97 Finanziers aus ([www.sciencemediacentre.org/about-us/funding](http://www.sciencemediacentre.org/about-us/funding)).

Das erklärte Ziel des SMC in UK ist, die Öffentlichkeit mit evidenzbasierten Informationen vor irreführender Berichterstattung zu schützen. Es will der Wissenschaft als „press office for science“ eine Stimme geben, wenn Wissenschaftsthemen auf dem Weg in Schlagzeilen sind – und zwar „unashamedly pro-science“ (Baroness Greenfield). Mit seinem Ziel „to get the news right“ orientiert sich das SMC insbesondere an den Schlagzeilen der wichtigsten Newsmedien und adressiert speziell Nachrichten- und Leitmedien-Journalisten mit seinen Angeboten. Die Angebote sind genau auf den Bedarf dieser Journalisten zugeschnitten: rapid reactions bzw. round-ups (Expertenkommentare zu aktuellen Themen innerhalb kürzester Zeit), Pressekonferenzen (news briefings und background briefings), daneben fact sheets und crib sheets („Spickzettel“).

Der Output ist beachtlich: Pro Monat werden 23 rapid reactions publiziert, ca. 8 press briefings organisiert und 42 Medienanfragen beantwortet – was einer Verzehnfachung des Outputs innerhalb von zehn Jahren gleichkommt. (Wobei zeitgleich das Personal von 3 auf 9 Vollzeitkräfte ausgebaut wurde.)

Damit trifft das SMC auf eine hohe Zustimmung in der scientific communi-

ty. Wissenschaftler nehmen das SMC als außerordentlich nützlich wahr: „enormously beneficial mechanism of connecting science with the media“. Es minimiert aus Sicht der Wissenschaftler das Risiko, an schlecht informierte Journalisten zu geraten, und erhöht die Chance, das eigene Forschungsthema ‚risikoarm‘ in den Medien darzustellen. Zudem loben sie die höhere Effizienz der durch das SMC vermittelten Medienkontakte.

### Kritik am britischen SMC

Die beim SMC registrierten Journalisten werden täglich mit Informationen bedient. Mit dem breit gefächerten Angebot erreicht das SMC praktisch die gesamte relevante Medienlandschaft: Die rapid reactions und press briefings erreichen Journalisten in Qualitäts- und Tabloidpresse, in öffentlich-rechtlichem und privatem TV, in Fachzeitschriften und Agenturen (über letztere auch die Regionalpresse). Das Angebot wird insbesondere von eher unerfahrenen und nicht-spezialisierten Journalisten als hilfreich bewertet, weil es zur Minimierung von Faktenfehlern und Fehleinschätzungen in der Berichterstattung beiträgt. Aus Sicht der Journalisten hat das SMC das Standing von Wissenschaftsthemen in den Nachrichtenmedien verbessert. Überdies habe es die Berichterstattung über Wissenschaft erhöht, „a lot of silly anti-science“ verhindert und zu einem positiven Bild von Wis-

senschaft in der Öffentlichkeit beige- tragen. Offenkundig gelingt es dem SMC-UK auch, Debatten zu aktuellen Ereignissen oder wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu versachlichen.

Aber es gibt auch deutliche Kritik am SMC-UK: Beobachter aus Wissenschaft und Journalismus monieren, dass es als "press office for science" eine tendenziell einseitige und wissenschaftsfreundliche Berichterstattung fördere: „The SMC has effectively set the agenda, what you are getting is a very one-sided view.“ Der Output sei eindimensional: Es gehe einseitig um Erfolgsmeldungen aus der Wissenschaft, um neue Forschungsergebnisse. Damit bediene das SMC vor allem den traditionellen Wissenschaftsjournalismus, der sich vor allem für Fortschritte aus der Laborwelt interessiere. Der Fokus liege auf der wissenschaftlichen Mainstream-Meinung, die Auswahl der Experten sei entsprechend verzerrt.

Ein weiterer Kritikpunkt: Die Finanzierung durch Industrieunternehmen führe zu diversen ‚conflict of interests‘, die nicht transparent gemacht werden: "Bias for GM, for nuclear power, for certain other things. Difficult to say when Monsanto gives you money – that is a conflict of interest that is not declared." Kritisiert wird auch der elitistische Ansatz: Zu den Briefings seien nur die Redakteure und Korrespondenten der Nachrichtenmedien eingeladen. Insbesondere profilierte Wissenschaftsjournalisten üben

Kritik am "spoon-feeding"-Verfahren des SMC: Der Journalismus werde so zum passiven Abnehmer der SMC-Outputs.

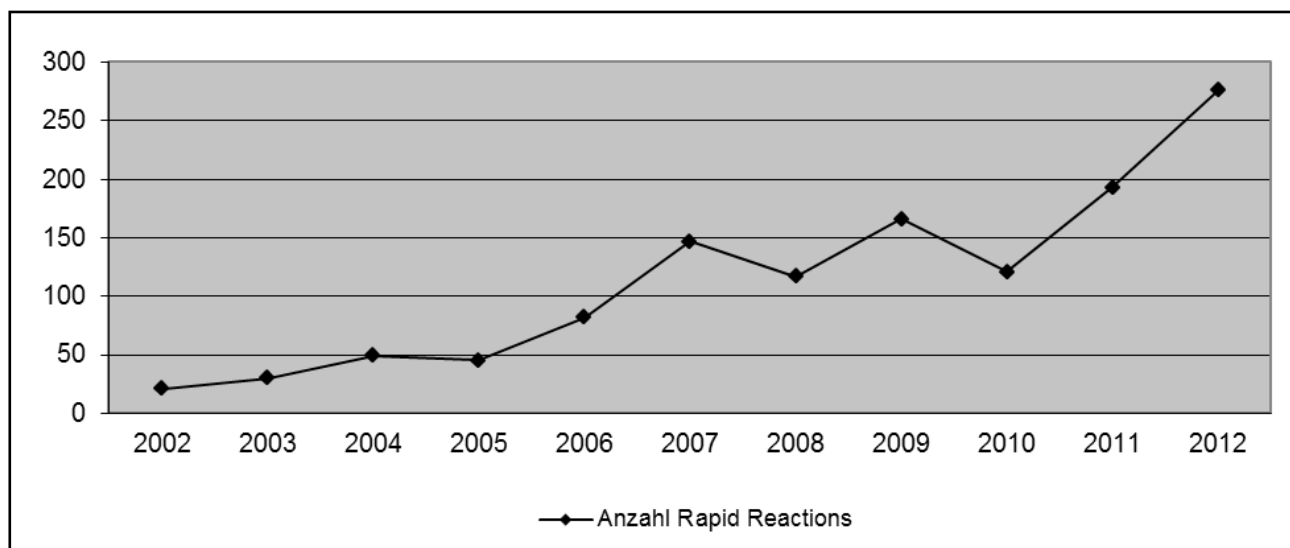
Trotz dieser Kritikpunkte wird das britische SMC offenbar von der Mehrzahl seiner journalistischen ‚Kunden‘ überwiegend unkritisch genutzt. Dies mag daran liegen, dass ein Teil der Nutzer keine wissenschaftliche Ausbildung aufweist – besonders bei den Nachrichtenagenturen, an deren Output die Regionalpresse hängt. Eine unkritische Nutzung findet sich aber auch bei jenen Journalisten, die dem traditionellen Paradigma des Wissenschaftsjournalismus anhängen, u.a. in den Redaktionen der Qualitätspresse und des öffentlich-rechtlichen TV, und in dem es nicht vorgesehen ist, Wissenschaftler zu kritisieren oder ihre politische Intentionen zu problematisieren: „I am just trying to think what does anti-science mean? It is like anti-life. [...] To be anti-that would be quite odd.“

### Lessons learned: Was folgt daraus für das Konzept eines möglichen deutschen SMC?

Unser Fazit: Das SMC-UK hat erfolgreich einen Bedarf im Journalismus identifiziert und seinen Out-

put perfekt darauf eingestellt. Damit werden aber keine journalistischen, sondern wissenschaftspolitische und Wissenschafts-PR-Ziele angestrebt und wohl auch erreicht. Aus journalistischer Perspektive ist daher eine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem SMC-UK angebracht, die sich nicht primär an einzelnen Angeboten oder Aktivitäten entzündet, sondern die sich daraus ergibt, dass ein neuer Akteur, dessen PR-Wurzeln unverkennbar sind, auf den Plan tritt und zur zentralen Vermittlungsstelle zwischen Wissenschaft und Journalismus wird – man könnte von einem „systemischen Generalverdacht“ sprechen, unter dem das SMC-UK steht. Wenn man darüber nachdenkt, das britische Modell auf Deutschland zu übertragen oder gar zu kopieren, muss man sich bei der Konzeption aus journalistischer Perspektive mehr Gedanken um Funktion und Rollenbild eines SMC machen. Ein tragfähiges Alternativmodell sollte an die erfolgreichen Formate des britischen SMC anknüpfen, aber auf die berechtigten Kritikpunkte reagieren und aus journalismus-praktischer und demokratietheoretischer Perspektive an der Steuerung der journalistischen Themen- und Sprecherselektion ansetzen:

Ein solches SMC sollte sich nicht als „press office for science“, sondern vielmehr als „editorial department for science“ verstehen – um eine vielsei-



Das Science Media Center in London bringt es mittlerweile auf einen beachtlichen Output.



tige, kompetente und auch kritische Berichterstattung fördern: Es liefert nicht Vorlagen für „copy & paste“, sondern Fragen, Perspektiven und Aufhänger, kurzum: es recherchiert Material, mit denen Journalisten arbeiten und mit dessen Hilfe sie ihre je eigenen Beiträge produzieren und ihre eigenen Fragestellungen weiter verfolgen können.

Es wäre also immanentes Ziel eines solchen SMC, die Einordnungs- und Kritikfähigkeit von (Wissenschafts-)Journalisten zu stärken und sie vor vermeidbaren Fehlurteilen zu schützen. Die Aufgabe wäre also nicht „spoon-feeding“, sondern „brain-feeding“, indem das SMC durch evidenzbasierte Basisrecherchen den Journalisten vor allem jene Zeit „schenkt“, die nötig ist, um ausgehend von diesem Material vertiefende Fragen zu beantworten oder größere Sinnzusammenhänge sichtbar zu machen.

Das SMC-Alternativmodell sollte unterschiedliche Sichtweisen von Experten auf die Dinge präsentieren, etwa im Fall echter inter- oder transdisziplinärer wissenschaftlicher Kontroversen – im Sinne einer journalistischen Metaredaktion: Die Auswahl von Themen und Sprechern müsste auf der Basis wissenschaftlicher Exzellenzkriterien, aber zugleich mit den Qualitätsroutinen wissenschaftsjournalistischer Beobachtung der Wissenschaften erfolgen. Die dazu notwendigen Kompetenzen der Selektion, Bewertung und Bereitstellung von Expertise wären der Kern eines SMC unter journalistischer Federführung.

Dabei darf nicht ausschließlich die wissenschaftliche Mainstream-Meinung zu einem Thema präsentiert werden – auch „dissenting voices“, d.h. Wissenschaftler mit begründeten abweichenden Ansichten, müssen zu Wort kommen. Die vom SMC angebotene Auswahl an Experten sollte systematisch als umfassender Blick auf das jeweilige Themenfeld angelegt werden.

Dabei darf sich ein ideales SMC nicht darauf beschränken neue For-

schungsergebnisse zu referieren, sondern sollte auch Wissenschaft als Prozess thematisieren: „problems with peer review, retractions, misconduct“ wären ebenso Bestandteil der Themenwahl.

Ein SMC sollte „conflicts of interests“ von Experten transparent machen.

Die Materialien des SMC müssen prinzipiell allen Journalisten kostenlos offenstehen, die über Wissenschaft berichten. D.h. auch Online- und Freie Journalisten sollten in der Konzeption berücksichtigt werden.

In der bisherigen Diskussion in Deutschland, etwa bei der WISSENSWERTE 2012, wurde vereinzelt die Sorge artikuliert, dass ein SMC dazu beitragen könnte, den Arbeitsmarkt für Journalisten zu verschlechtern – Stellenabbau, weil man künftig auf das kostenfreie Angebot des SMC zurückgreifen könne. Andere gaben zu bedenken, dass der Markt für Freie Journalisten bedroht werden könnte. Allerdings gibt es in UK bislang keine Belege dafür, dass das SMC solche Effekte nach sich zieht. Auch Agenturjournalisten, die ein SMC als unmittelbare Konkurrenz erleben könnten, sind in UK vehemente Befürworter des SMC, weil sie insbesondere dessen rapid reactions als Entlastung erleben.

Von den Angeboten des britischen SMC ließen sich einige für ein mögliches deutsches SMC übernehmen – etwa die Info-Packages zu topaktuellen Wissenschaftsthemen mit O-Tönen von Experten, Summary Reports und Fact Sheets für Redaktionen und Linklisten mit weiterführenden Informationen. Darüber hinaus sollte das Portfolio aber dahingehend modifiziert werden, dass es stärker den technologischen Möglichkeiten des WWW Rechnung trägt, z.B. in Form von virtuellen Pressekonferenzen/Expertengesprächen inkl. Transkription und Online-Archivierung der zitierfähigen (!) Statements nach Vorbild der NIH.

Wichtigstes internes Instrument wäre eine auf den journalistischen Bedarf zugeschnittene Experten-Datenbank – als (nicht-öffentliche) Quelle, aus der das SMC seine Briefings erstellt und an die Medien sendet. Dort kann das Team fachkompetente Wissenschaftler im jeweiligen Themen-

feld recherchieren. Dabei sollte die Eignung der Experten für die jeweiligen Mediengattungen in die Briefings aufgenommen werden – vor allem für Hörfunk und TV.

Weitere Angebote könnten Hintergrundgespräche zu innovativen neuen Wissenschaftsthemen oder zu Entwicklungen und Problemstellungen der Wissenschafts-systems und Tools für Journalisten sein – Leitfäden, die bei der Berichterstattung weiter helfen: Wie finde ich rasch einen kompetenten Experten? Wie überprüfe ich die Seriosität eines Wissenschaftlers oder einer Pressemitteilung? Wie erkenne ich die Qualität von Studien und Statistiken? Eine neue Idee wären Follow-Ups, die bei kontroversen Themen gezielt darüber informieren, wenn sich die Kontroversen aufgelöst haben und Klarheit herrscht – als Update mit „lessons learned“, Weiterdreh und neuem Aufhänger.

Wir plädieren also für eine klare Ausrichtung als SMC unter journalistischer Federführung. Dies wäre unseres Erachtens ein zentraler Unterschied zum Gros der bisherigen Angebote der Wissenschaft, die oft wissenschaftsimmanenten Eigenlogiken folgen. Eine solche Ausrichtung wäre aber auch ein fundamentaler Unterschied zum britischen SMC, dessen Bias als „press office for science“ immer wieder kritisiert wird.

-----  
Auf der WPK-Website finden Sie ein 15-seitiges Summary des Ergebnisberichts zur Explorationsphase (insg. 140 Seiten): [www.wpk.org/aktuelles/details/science-media-center-executive-summary-der-explorationsphase.html](http://www.wpk.org/aktuelles/details/science-media-center-executive-summary-der-explorationsphase.html)  
-----

Simone Rödder

arbeitet in der Arbeitsgruppe Understanding Science in Interaction am KlimaCampus der Universität Hamburg.  
-----

Holger Hettwer & Franco Zotta

sind Projektleiter der WISSENSWERTE im gemeinsamen Projektbüro von TU Dortmund und WPK. Darüber hinaus arbeiten sie als Freie Mitarbeiter für die WPK.



# Diagnosen zum Umweltjournalismus

Der neue Medien-Doktor UMWELT geht im Mai online

Von Wiebke Rögner und Holger Wormer

„So etwas müsste es auch für andere Bereiche geben!“ – Das bekam das Medien-Doktor-Team immer wieder zu hören, seit das am Dortmunder Lehrstuhl Wissenschaftsjournalismus angesiedelte Qualitätsmonitoring für Medizinjournalismus im November 2010 online gegangen war. Auch in anderen Themenfeldern des (Wissenschafts-)journalismus sei ein kritischer Blick auf die Qualität der Berichterstattung dringend geboten, fanden viele Kolleginnen und Kollegen. Die Standardantwort der Medien-Doktoren: Wir arbeiten daran. Von Mai 2013 an ist nun auf der neuen Webseite [medien-doktor.de/umwelt](http://medien-doktor.de/umwelt) zu sehen, was dabei heraus gekommen ist; wer sich für Medizin- und Umweltberichterstattung interessiert, findet beide Monitoringprojekte nun gleichzeitig auf der Startseite [medien-doktor.de](http://medien-doktor.de).

Tatsächlich war ein Ausbau der systematischen Qualitätsbewertung von Anfang an eingeplant, beschäftigt sich der Dortmunder Lehrstuhl doch nicht nur mit Medizin-, sondern der ganzen Bandbreite der Wissenschaftsberichterstattung. Dabei fiel die Wahl auf Umweltthemen als nächstes Projekt zum einen sozusagen wegen der Quote: Dem Umfang nach steht „Umwelt“ zumindest in vielen Printmedien auf Platz zwei der Wissenschaftsthemen-Hitparade, gleich nach Medizin und Gesundheit. Zum anderen haben diese Themen erhebliche gesellschaftliche Relevanz (man denke nur an Energie- wende, Klimawandel, Landwirtschaft & Ernährung...). Ähnlich wie bei Medizinthemen geht es hier häufig um Fragen, die eine breite Öffentlichkeit unmittelbar bewegen, die Ängste und Hoffnungen auslösen. Nicht selten sehen sich Mediennutzer bei Umweltproblemen zudem direkt oder indirekt zum Handeln aufgefordert, nicht nur in politischen Auseinandersetzungen, sondern auch bei ganz alltäglichen Entscheidungen, etwa in den Berei-

chen Konsum, Ernährung und Mobilität. Und schließlich zeigten Vorarbeiten am Lehrstuhl, dass dieses – auch wegen seiner Interdisziplinarität besonders interessante – Themenfeld sich gut eignen könnte, um Beiträge mit einem ähnlichen Instrumentarium zu bewerten, wie es für den Medizinjournalismus erprobt ist.

Wir gingen dabei von der Annahme aus, dass einige der Kriterien, wie sie im Medien-Doktor MEDIZIN in Anlehnung an international eingeführte Standards entwickelt wurden, auf den Medien-Doktor UMWELT übertragbar sein würden, während andere neu zu erarbeiten wären. Eine Literatur- und Internetrecherche ergab, dass weder im deutschen Sprachraum noch international (englischsprachig) ein dem Medien-Doktor MEDIZIN und seinen Vorbildern entsprechender Kriterienkatalog für die Bewertung der Qualität umweltjournalistischer Beiträge aufzufinden war. Es galt also, ein Instrumentarium neu zu erstellen, das über allgemeine Qualitätsstandards für den Journalismus hinaus spezifische Kriterien für die Umweltberichterstattung formuliert. Dabei konzentrieren wir uns auf Beiträge, die zumindest in Teilen wissenschaftliche/technologische Aussagen enthalten. Dieses Segment macht, wie sich aus einer kleinen Erhebung in ausgewählten Medien zumindest abschätzen lässt, wahrscheinlich mehr als ein Drittel der umweltjournalistischen Berichterstattung aus.

In der explorativen Phase des Projekts, das von der Dortmunder Caspar Ludwig Opländer Stiftung finanziell unterstützt wird, baten wir zum einen rund 30 Umweltjournalistinnen und -journalisten aus Print, Hörfunk und TV regionaler und überregionaler Medien, spontan jeweils drei Punkte zu nennen, die ihrer Meinung nach „gute Umweltberichterstattung“ ausmachen. Unter den top ten fanden sich – neben allgemeingültigen Forderungen nach „Verständlichkeit“ oder

„Relevanz“ – Punkte wie „Lösungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen nennen“ oder „neben naturwissenschaftlichen/ökologischen auch kulturelle, ökonomische, soziale und politische Dimensionen einbeziehen“. Zum anderen haben wir bei der Kriterienentwicklung geprüft, was sich aus dem bewährten Katalog des Medien-Doktor MEDIZIN übernehmen ließ.

Das Ergebnis war eine Zusammenstellung von Kriterien, die sich am Interesse der Mediennutzer orientiert, unabhängig, zuverlässig und verständlich über Umweltthemen informiert zu werden. Bewertet wird beispielsweise, ob Beiträge Umweltprobleme aufbauschen oder verharmlosen, die Darstellung der Evidenz, die Quellentransparenz und die Berücksichtigung unterschiedlicher Standpunkte.

Die Kriterien wurden während des Sommersemesters 2012 im Rahmen eines studentischen Seminars erprobt, wobei die Studierenden die Gutachterrolle übernahmen und je zehn Beiträge bewerteten – und gleichzeitig ihr eigenes Bewusstsein für Qualität im Wissenschaftsjournalismus schärfen konnten. Das Resultat: Einzelne Kriterien (etwa „kein Greenwashing“) waren für sich allein offensichtlich zu speziell und daher zu selten anwendbar. Andere (etwa zum „Nutzen“ von Lösungsvorschlägen) wurden häufig falsch interpretiert und mussten neu formuliert werden. So entstand ein Katalog aus zehn umweltjournalistischen, ergänzt um die drei bisherigen, aus der journalistischen Qualitätsforschung abgeleiteten allgemeinjournalistischen Kriterien – eine Struktur, die aus dem Medien-Doktor MEDIZIN übernommen werden konnte (siehe „Die Kriterien“ in diesem Heft).

Nun waren wieder die Profis am Zuge: Ein Expertenkreis aus im Umweltjournalismus erfahrenen Kolleginnen und Kollegen erörterte die Kriterien in zwei Diskussionsrunden an der TU Dortmund. Während der „WISSENSWERTE“ im November 2012 wurde der Entwurf des Kriterienkataloges außerdem den Gutachtern des Medien-Doktor MEDIZIN vorgestellt. Im Laufe dieses Prozesses hat sich der Katalog weiterentwickelt, Missverständnisse wurden ausgeräumt und Formulierungen geschärft, bis der dis-

kussionsfreudige Kreis der Geburtshelfer der Meinung war, mit dieser Version könne man es probieren.

Im März 2013 schließlich ging der Medien-Doktor UMWELT in eine Erprobungsphase unter Realbedingungen. Dabei zeigte sich: Zwar sind – erwartungsgemäß – nicht immer beide Gutachter über die Bewertung jedes Kriteriums einig. Doch der gelegentlich auftretende Dissens ist gering und nicht größer als bisher beim Medien-Doktor MEDIZIN. Er führt außerdem zu durchaus produktiven Diskussionen, an deren Ende die Redaktion bisher immer einen Konsens zwischen den jeweils zwei Gutachtern herstellen konnte.

Damit liegt nun vor, was bisher wohl international einmalig ist: Ein begründeter und klar definierter Katalog von Kriterien zur systematischen und transparenten Bewertung umweltjournalistischer Beiträge in Zeitungen, Magazinen, Online-Medien, im Fernsehen und Radio, der

im Laufe des Projekts auch Hinweise liefern soll, zu welchen dieser Kriterien vielleicht der größte Bedarf für die Aus- und Weiterbildung von Journalisten besteht. Dabei sind die Kriterien selbst aber auch nur als erster Vorschlag zu betrachten, mit dem wir die Diskussion um Qualität im Umweltjournalismus anregen wollen. Wir sind daher sehr gespannt auf Kritik und Anregungen. Und: Wir suchen auch noch weitere qualifizierte umweltjournalistische Gutachter und Gutachterinnen! }

-----  
Der Medien-Doktor UMWELT wird vom Lehrstuhl Wissenschaftsjournalismus am Institut für Journalistik der Technischen Universität Dortmund und der Caspar Ludwig Opländer Stiftung finanziert. Ferner wird das Gesamtprojekt von der Wissenschafts-Pressekonferenz unterstützt. Der VMWJ unterstützt den Medien-Doktor MEDIZIN.

sein. Und am häufigsten versagen die Autoren in unserer Stichprobe bei der Einordnung der Belege. In drei von vier Beiträgen gibt es zu wenige Informationen dazu, wie gut ein Verfahren in Studien untersucht oder wie aussagekräftig eine vorgestellte Studie überhaupt ist.

Die Defizite drücken sich vor allem im Lokal- und Regionaljournalismus aus, die durchschnittlichen Ergebnisse liegen dort mit 2,2 Sternen unter dem der anderen Medienkategorien (2,9). Dies scheint sich mit dem Eindruck zu decken, dass Beiträge von spezialisierten Wissenschafts- und Medizinjournalisten oder aus Wissensressorts im Großen und Ganzen besser abschneiden als andere. Denn explizite Medizinjournalisten oder Ressorts gibt es in Regional- und Lokalredaktionen selten.

Auf der anderen Seite sind wir in zweieinhalb Jahren auch auf nachahmenswerte Lösungen für Probleme gestoßen – etwa für die Einordnung von Studien etc. (Kriterium Belege), die selbst für aufmerksame Leser offenbar leicht als „zu sperrig“ angesehen werden. So lagert das Gesundheitsressort bei Spiegel Online Detail-Informationen über solche Studien oft in einen Infokasten aus („Die Studie im Detail“). Im Fließtext erhalten Leser zwar bereits Hinweise, wie aussagekräftig eine Untersuchung ist. Im separaten Kasten lesen sie dann aber Antworten zu konkreten Aspekten wie „Ziel“, „Studiendesign“, „Ergebnissen“ und explizit den „Schwächen“ einer Studie. Somit sorgt die Redaktion dafür, dass die sperrigen, aber wichtigen Infos die Leser erreichen können, ohne sie im Lesefluss der Hauptgeschichte zu stören. – Genau solche beispielhaften Lösungen einem breiteren Kreis von Journalisten vorzustellen, bleibt – jenseits seiner Kritik- und Warnfunktion – ein wesentliches Ziel des Medien-Doktor. }

-----  
Eine ausführlichere Auswertung der Medien-Doktor-Gutachten erscheint voraussichtlich Ende 2013 in: Lilienthal/Reineck/Schnedler (Hg.): „Qualität im Gesundheitsjournalismus“, VS-Verlag.

## Überweisung an den Spezialisten

Nach fast 200 Medien-Doktor-Bewertungen deutet sich an, dass der Medizinjournalist im eigenen Haus die Berichterstattung merklich verbessert

Von Holger Wormer

Der Medien-Doktor, ein Ort für Journalisten-Bashing? Diese Sorge, so viel lässt sich nach fast zweieinhalb Jahren Monitoring von Medizinbeiträgen in deutschen Medien sagen, ist wohl unbegründet. Zwar finden sich unter den bald 200 Stücken, die jeweils zwei der rund 25 Medien-Doktor-Journalisten nach dem Vorbild eines „Peer-review-Verfahrens“ bisher begutachtet haben, auch solche Beispiele, die jedes Bewusstsein für guten Medizinjournalismus vermissen lassen. Aber ebenso oft finden sich „5-Sterne-Beiträge“, die gut informieren – und das sogar auf unterhaltsame Art und Weise.

Auch jenseits dieser Extreme sind allmählich erste Trends und Muster erkennbar, die andeuten, wie gut Jour-

nalisten über Therapien, Arzneimittel, Medizinprodukte oder diagnostische Tests berichten; wo Fallstricke liegen und welche Lösungen man in Journalistenweiterbildungen aufzeigen könnte, um Leser, Zuschauer und Zuhörer besser zu informieren. Über alle begutachteten Beiträge betrachtet gibt es Defizite vor allem bei drei Kriterien – die viele zugleich für die wichtigsten halten: In zwei von drei Beiträgen (69%) wird der mögliche Nutzen eines medizinischen Verfahrens nur unbefriedigend beschrieben (häufig sind die Angaben nur allgemein, es fehlt jede Zahl, die den Nutzen konkreter skizziert). Ebenso gehen die meisten Beiträge (71%) zu knapp oder gar nicht auf Risiken und Nebenwirkungen ein – fast so, als wollten Journalisten nur die Überbringer guter Nachrichten

## Auf der Suche nach der verlorenen Qualität

Medien-DoktorPR-Watch untersucht Pressemitteilungen aus der Wissenschaft

Von Marcus Anhäuser und Holger Wormer

„Wir machen Journalismus!“ – Es gibt wohl kaum einen Journalisten, der bei solchen Aussagen aus den Pressestellen wissenschaftlicher Einrichtungen nicht zusammenzuckt. Auch Medientheoretiker und Juristen dürften schnell einwenden, dass die Gleichsetzung von PR und Journalismus kaum in Einklang zu bringen ist mit gängigen Erkenntnissen ihres Fachs. Die Idee vom Pressesprecher als Journalisten scheint in der Wissenschafts-PR indes weiter verbreitet zu sein, als man denkt. Mehr noch: Manch einer ist sogar überzeugt, Mitteilungen aus der eigenen Wissenschaftsinstitution seien der bessere Wissenschaftsjournalismus, enthielten sie doch weniger sachliche Fehler als Artikel und Beiträge der Journalisten in den Massenmedien.

So sehr man aber darauf hinweisen mag, dass eine Pressestelle vor einer Veröffentlichung wohl kaum die Meinung eines konkurrierenden Instituts als zweite Quelle einholen wird; so sehr man darauf hinweisen mag, dass Pressestellen schon bei der Themenwahl vor allem den Partikularinteressen ihrer Institution verpflichtet sind (während an den Journalismus der demokratische Auftrag einer möglichst unabhängigen Berichterstattung geht) – zwei Entwicklungen sind unübersehbar: Die Wissenschaftskommunikation von Forschungsinstituten und -organisationen hat im Zeitalter der neuen Medien immer mehr den direkten Kanal zum Endnutzer im Blick. Warum etwa solle man nicht wenigstens versuchen, seine Presseinformation gleich (ohne Umweg über den Filter der journalistischen Redaktionen) auch via Internet, Facebook et al. direkt an den Mann und die Frau auf der Straße zu bringen? Und auch rein handwerklich betrachtet scheinen Qualitätskriterien wie beispielsweise „Nachrichtenwert“, „Originalität“, „Relevanz“ oder „Verständlichkeit“ in Wissenschaftsjournalismus und Wissenschafts-PR gleichermaßen akzeptiert zu sein.

Gerade wenn die Medizin-PR Patienten und andere Endnutzer direkt ansprechen will, kommt ihr aber eine neue, besondere Verantwortung zu: Auch eine verantwortungsvolle Pressemitteilung über eine neue Therapie sollte bei Betroffenen keine unnötige Hoffnung wecken, verständlich über Nutzen und Risiken berichten und viele weitere Kriterien erfüllen, wie sie der Medien-Doktor auf medizinjournalistische Beiträge anwendet.

Vor diesen Hintergründen lässt sich der Medien-Doktor auf ein Gedankenexperiment ein: Mal angenommen, die Produkte aus den Pressestellen der deutschen Wissenschaft wären tatsächlich gleichzusetzen mit Wissenschaftsjournalismus, dann müssten sie sich auch nach solchen journalistischen Qualitätskriterien beurteilen lassen. Genau das wird der neue „PR-Watch“ in den nächsten Monaten versuchsweise tun: Was passiert, wenn man Wissenschafts-Pressemitteilungen aus Medizin- und Umweltforschung anhand jener Kriterien analysiert, die wir für die Begutachtung journalistischer Beiträge nutzen? Und stimmt es, dass viele Pressestellen an Qualität verloren haben, weil sie immer weniger als zuverlässiger Informationsbroker für wissenschaftliche Erkenntnisse arbeiten können und dafür immer mehr ihre Institution vermarkten sollen? }

-----  
**Holger Wormer**

ist Professor für Wissenschaftsjournalismus und lehrt am Institut für Journalistik der TU Dortmund.

-----  
**Marcus Anhäuser**

ist leitender Redakteur des Medien-Doktor

### Medien-Doktor PRO unterstützt Journalisten schon bei der Recherche

Wenn Medien begeistert über den Wunderheiler berichten, der mit Weltraummedizin von Schnupfen bis Krebs jede Krankheit therapieren kann, dann ist eine Menge schief gelaufen. Die Gründe für solche medizinjournalistischen Unfälle sind vielfältig: Zeitmangel, Unkenntnis, Überforderung, fehlendes Bewusstsein. Oft aber hätte der rechtzeitige Recherche-Tipp eines erfahrenen Kollegen schon helfen können, um einen Beitrag zu verbessern.

Genau diese Hilfe bietet das Medien-Doktor-Team seit kurzem allen Journalisten an: Medien-Doktor PRO heißt das Angebot, das sich insbesondere an weniger spezialisierte Redaktionen und Autoren richtet, die über Medizin- und Gesundheitsthemen berichten. Jeder, der einen solchen Beitrag plant, kann sich an uns wenden. Wir helfen bei der Einschätzung der Studienlage, geben Tipps für besonders wichtige Fragen beim Interview oder nennen Stellen und Ansprechpartner, wo man weitere Experten für eine Einschätzung finden kann. Das alles ist für die anfragenden Journalisten (dank Unterstützung der Robert Bosch Stiftung) kostenfrei – und die Anfrage natürlich vertraulich.

Kollegen mit konkretem Recherchebedarf wenden sich einfach an: [marcus.anhaeuser@tu-dortmund.de](mailto:marcus.anhaeuser@tu-dortmund.de)

## Die Kriterien des Medien-Doktors für Medizin- und Umweltjournalismus – eine Gegenüberstellung

Medien-Doktor Medizin – Medizinjournalistische Kriterien	Medien-Doktor Umwelt – Umweltjournalistische Kriterien
<b>1. Nutzen</b> Wie ist der Nutzen einer Behandlungsart/eines Tests/eines Produkts oder eines Verfahrens dargestellt?	<b>1. Keine Verharmlosung / Panikmache</b> Probleme werden weder bagatellisiert noch übertrieben dargestellt.
<b>2. Risiken</b> Werden bzw. wie werden Risiken und Nebenwirkungen dargestellt?	<b>2. Belege /Evidenz</b> Studien, Fakten und Zahlen zu Umweltrisiken und -gefahren werden so dargestellt, dass deren Aussagekraft („Evidenz“) deutlich wird
<b>3. Belege</b> Versucht die Geschichte die Qualität der Belege/der Evidenz einzuordnen?	<b>3. Experten/ Quellentransparenz</b> Die Quellen für Tatsachenbehauptungen und Einschätzungen werden benannt, deren Abhängigkeiten und Interessenlagen für Rezipienten deutlich gemacht.
<b>4. Experten</b> Gibt es eine weitere Quelle und wurden im Artikel irgendwelche Interessenkonflikte offen gelegt?	<b>4. Pro und Contra</b> Es werden die wesentlichen relevanten Standpunkte angemessen dargestellt.
<b>5. Mehr als eine Pressemitteilung</b> Basiert der Beitrag ausschließlich oder überwiegend auf einer Pressemitteilung?	<b>5. Mehr als eine Pressemitteilung</b> Der Beitrag geht in seinem Informationsgehalt und in der Darstellungsweise deutlich über eine Pressemitteilung/das Pressematerial hinaus.
<b>6. Neuheit</b> Macht der Beitrag klar, wie neu ein Ansatz wirklich ist?	<b>6. Neuheit</b> Der Beitrag macht klar, ob es sich um ein neu aufgetretenes beziehungsweise neu entdecktes Umweltproblem, eine innovative Umweltechnik oder einen neuartigen Lösungsvorschlag/ Regulierung o.ä. handelt, oder ob diese schon länger existieren.
<b>7. Alternativen</b> Werden alternative Optionen für die vorgestellte Behandlungsart/Test/Produkt/Verfahren erwähnt?	<b>7. Lösungshorizonte und Handlungsoptionen/ kein Greenwashing</b> Der Beitrag nennt Wege, ein Umweltproblem zu lösen oder zu vermeiden, wo dies möglich und angebracht ist.
<b>8. Verfügbarkeit</b> Wie ist die Verfügbarkeit einer Behandlungsart/Tests/Produkts/Verfahrens?	<b>8. Räumliche Dimension (global – lokal)</b> Die räumliche Reichweite eines Umweltproblems und der Zusammenhang zwischen lokalen und globalen Perspektiven werden dargestellt.
<b>9. Kosten</b> Werden Kosten – und wenn ja – wie werden Kosten in der Geschichte angesprochen?	<b>9. Zeitliche Dimension (Nachhaltigkeit)</b> Die zeitliche Reichweite eines Umweltproblems oder Phänomens wird dargestellt.
<b>10. Krankheitserfindungen</b> Gibt es Anzeichen für „Disease mongering“ (Krankheitserfindungen/-übertreibungen)?	<b>10. Kontext/ Kosten</b> Über naturwissenschaftliche, gesundheitliche und technische Aspekte hinaus werden politische, soziale, kulturelle oder wirtschaftliche Aspekte eines Umweltthemas einbezogen.
<b>Allgemeinjournalistische Kriterien</b>	
<b>1. Themenauswahl</b> Ist das Thema aktuell, relevant oder originell gewählt?	
<b>2. Vermittlung</b> Ist die journalistische Umsetzung des Themas gelungen oder sogar vorbildlich für das gewählte Format?	
<b>3. Faktentreue</b> Gibt der Beitrag die wesentlichen Fakten richtig wieder?	

## „Die italienische Justiz hat versagt“

Das Ereignis hat hohe Wellen geschlagen. Im Oktober letzten Jahres wurden sechs Geowissenschaftler zusammen mit dem Vize-Direktor des nationalen Katastrophenschutzes von einem italienischen Gericht zu sechs Jahren Haft und Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe verurteilt. Im Februar wurde die schriftliche Begründung des Urteils vorgelegt. Das WPK-Quarterly sprach mit dem italienischen Wissenschaftsjournalisten und Dozenten Fabio Turone über die Hintergründe des Falles.

### Wie geht es den Wissenschaftlern?

Sie sitzen jedenfalls nicht im Gefängnis, falls Sie das meinen. Die Verurteilung durch die erste Instanz hat in Italien keine unmittelbaren Rechtsfolgen, wenn man Berufung einlegt. Das ist der Grund, warum einige Beobachter davon ausgehen, dass das Urteil nicht eigentlich das repräsentiert, was es repräsentieren soll. Theoretisch sollte ein Urteilsspruch so etwas sein wie das Resultat einer sorgfältig abgewogenen juristischen Klärung des Sachverhaltes und der ebenso abgewogenen Zuschreibung der Schuld von Angeklagten. Aber weil in Italien erst die zweite Instanz unmittelbare Rechtsfolgen zeitigt für die Verurteilten, meinen manche, das Gericht hätte ein Urteil gefällt, dass der Schuld der Beteiligten nicht gerecht wird.

### Und was meinen Sie?

Es gibt Ungereimtheiten! Alle sechs Wissenschaftler, die in dem Meeting waren, in dem über das Erdbebenrisiko beraten wurde, haben dasselbe Urteil bekommen. Und das, obwohl dort auch ein Wissenschaftler saß, der formell gar nicht Mitglied dieser Kommission war, sondern von seinem Chef geschickt wurde, um mit seiner Expertise beizutragen. Der wusste nicht, was da gemacht werden sollte aus seiner Expertise, weil er keinerlei Verantwortung hatte. Er dachte, er ginge dort gewissermaßen freiwillig hin ohne formelle Mitgliedschaft, um

seine Pflicht zu erfüllen als Seismologe in einer komplizierten Situation. Der wurde genauso verurteilt wie die anderen. Was für mich nach wie vor schwer zu verstehen ist: Wie kann allen dasselbe Ausmaß an Verantwortung zugeschrieben werden? Jenen, die mit den Medien sprachen, jenen, die nicht mit den Medien sprachen, jenen, die offiziell Mitglieder waren in der Risikokommission und dem, der es nicht war. Es gab keinen Kommunikationsplan, keine offizielle Strategie, wir, die Massenmedien, bekamen keine klaren Mitteilungen. Der einzige, der über das Mandat verfügte, offiziell für die Regierung zu sprechen, war der Vize-Direktor des nationalen Katastrophenschutzes, ein Vulkanologe, und der wurde zur gleichen Strafe verurteilt wie alle übrigen. Die Verurteilten haben Berufung eingelegt. Ich gehe davon aus, dass das Urteil keinen Bestand hat.

**Im Februar wurde die Begründung des Urteils veröffentlicht. Es ist hier in der Berichterstattung nicht immer ganz klar, wofür das Gericht die Wissenschaftler eigentlich verurteilt hat. Können Sie uns da aufklären?**

Also, das ist kompliziert: Ihnen wird vorgeworfen, dass sie unzutreffenden, beruhigend wirkenden öffentlichen Aussagen politisch Verantwortlicher nicht widersprochen haben. Die Wissenschaftler waren davon ausgegangen, dass Sie keine Ver-

antwortung tragen für das, was von Offiziellen gesagt wird. In der ersten Instanz haben die Verteidiger immer wieder betont, dass Wissenschaftler Erdbeben nicht vorherzusagen vermögen. Aber das Gericht schrieb in einem Absatz der Begründung, dass die Wissenschaftler ja sicher waren, dass die einflussreiche Vorhersage von Gianpaolo Giuliani, ein selbst ernannter Seismologe ohne wissenschaftlichen Hintergrund, falsch sei. Als Antwort auf den Alarmismus, den diese Vorhersage entfachte, sind die Wissenschaftler vielleicht über das hinaus gegangen, was Wissenschaft eigentlich sagen kann, indem sie sagten, diese Vorhersagen wären falsch. Das Gericht interpretierte das nämlich so, als hätten sie damit gesagt, dass es kein Erdbeben geben würde.

### Was hatte es denn mit dieser Vorhersage von Giuliani auf sich?

Dem verheerenden Erdbeben waren einzelne kleinere Beben vorausgegangen. Es gab eine Kontroverse zwischen dem selbst ernannten Seismologen Giuliani ohne wissenschaftliche Qualifikation und den seriösen Seismologen. Giuliani bestand darauf, dass er Erdbeben voraussagen könnte, und zwar basierend auf Radon-Emissionen der Erde. Radon-Emissionen werden seit vielen Dekaden analysiert. Seriöse Wissenschaftler wissen, dass es Korrelationen gibt. Die sind aber nicht ausreichend, um



darauf eine Vorhersage zu stützen. Der Punkt ist, dass die Öffentlichkeit schon einer unseriös fundierten Alarmierung ausgesetzt war durch Giuliani. In der Region gab es Freiwillige, die mit Aufklebern auf ihren Autos Einwohner aufforderten, ihre Häuser zu verlassen. Insofern hatten die Offiziellen ein vitales Interesse daran, die Situation zu beruhigen.

Es gab ein Verfahren gegen Giuliani wegen des Verdachtes, einen ungerechtfertigten Alarmismus zu befördern, etwas, wofür man in Italien – ich denke auch in Deutschland – verurteilt werden kann. Aber dieses Verfahren brachte keinen Schuldpruch, obwohl er insistierte, dass die Leute ihre Häuser räumen sollten. Diese Alarmierung war natürlich gefährlich, tatsächlich hat er auch nichts wirklich Zutreffendes vorhergesagt, jedenfalls nicht im Detail. Er hatte vorausgesagt, dass das Erdbeben eine andere Stadt treffen würde, er hat nicht vorausgesagt, wann es sich ereignen würde und in welcher Stärke. Das Gericht aber kam im Verfahren gegen Giuliani in diesem speziellen Fall zu dem Ergebnis, dass – obwohl seine Vorhersage nicht präzise war – sie gleichwohl gerechtfertigt gewesen sei. Deshalb wurde er nicht verurteilt.

### Wie interpretieren Sie die beiden Verfahren mit Blick auf die Justiz?

Für mich stehen wir vor einem Versagen der italienischen Justiz, die sich letztlich nicht in der Lage sah, wissenschaftliche Aussagen zu verstehen. Sie war nicht in der Lage, jemanden zu verurteilen, der so tut, als könne er Erdbeben vorhersagen. Auch in der mehrere hundert Seiten dicken Begründung der Verurteilung der sechs Geowissenschaftler geht aus mehreren Passagen hervor, dass das Gericht den eigentlichen wissenschaftlichen Gegenstand nicht verstanden hat. Insofern verweist das Urteil auf ein größeres Thema, nämlich das Spannungsverhältnis zwischen wissenschaftlicher Unsicherheit und der juristischen Notwendigkeit, Eindeutigkeit herzustellen.

### Wie meinen Sie das?

Das Thema ist kompliziert: Es gibt aus meiner Sicht ein Problem in der Verständigung zwischen Wissenschaftlern und der Bürgerschaft, das

eben nicht einfach lediglich Laien betrifft, sondern eben solche Teile der Bürgerschaft, die in Positionen sind, in denen Sie bindende Entscheidungen zu treffen haben, also namentlich Richter und Politiker. In diesem speziellen Fall haben auch die Medien eine Verantwortung. Es gibt hier Probleme zwischen legitimer wissenschaftlicher



Beklagt die Unfähigkeit der italienischen Justiz, wissenschaftliche Sachverhalte angemessen zu erfassen, Fabio Turone, Präsident des italienischen Verbandes von Wissenschaftsjournalisten und Direktor der Erice International School of Science Journalism in Sizilien.

Sicherheit bzw. Unsicherheit auf der einen, und Leuten, die nur vorgeblich im Namen der Wissenschaft Vorhersagen machen auf der anderen. Dies hat seinen Ursprung vermutlich darin, dass das Verständnis der wissenschaftlichen Methode sehr unterentwickelt ist. Das schlägt sich schon bei so basalen Dingen nieder wie dem, dass eine vermeintliche Vorhersage wie die von Giuliani nicht schon deshalb wissenschaftlich ist, weil sie zufällig eingetroffen ist, jedenfalls zum Teil.

### Gab es denn auch Verständigungsprobleme auf Seiten der Wissenschaft?

Ja, unbedingt! Ich glaube, dass die Wissenschaftler nicht kapiert haben, dass sie beschuldigt worden sind, der Regierung als Sprachrohr gedient zu haben. Die offiziellen Stellen hatten die klare Intention, die Lage zu beruhigen und eben nicht, die Situation zu evaluieren. Das kommt schon darin zum Ausdruck, dass das entscheidende Meeting nicht in Rom, sondern in L'Aquila anberaumt wurde, wo ausgelöst durch den Alarm Giulianis Unruhe herrschte. Später hat die wissenschaftliche Community nicht akzeptiert, dass ihre Rolle

bei der Sache kritisch hinterfragt wurde. Stattdessen haben die Wissenschaftler insistiert, im Verfahren ginge es darum, dass sie keine Beben vorhersagen könnten. Die wissenschaftliche Community weltweit wurde aufgerufen, dies zu bestätigen, obwohl das eigentlich gar nicht das Thema war. Worauf es ankommt ist: Was muss man von Wissenschaftlern in dieser Situation erwarten, in der es darum geht, gegenüber der Bevölkerung und den Medien über Unsicherheit zu sprechen. Und was muss man von Regierungsstellen erwarten?

### Was sagen Sie denn zu der These, die verurteilten Wissenschaftler seien Sündenböcke für Versäumnisse anderer?

Das Verfahren bisher drehte sich natürlich um die Verantwortung, die den Angeklagten juristisch zugerechnet werden kann. Es gibt aber wichtige Themen, die in so einem Rahmen in den Hintergrund treten. Zum Beispiel die Frage, ob es überhaupt Evakuierungspläne gibt oder gab, soweit ich sehe, gab es die nicht. Zum anderen die Tatsache, dass nach wie vor in gefährdeten Regionen nicht erdbebensicher gebaut wird, und zwar mit Kenntnis und Genehmigung der lokalen Behörden. Es ist deshalb tatsächlich ein bisschen eine Geschichte wie die von dem, der das Pech hatte, geschnappt zu werden und nun für alle Schuldigen zahlen soll.

### Sie haben eine Menge Aspekte des Themas genannt, das problematische Zusammenspiel zwischen Wissenschaft und Politik, die Schwierigkeiten, wissenschaftliche Unsicherheit angemessen zu kommunizieren; Hat denn dieser Fall dazu beigetragen, dass sich die italienische Gesellschaft dieser Probleme jetzt bewusster ist als zuvor?

Ich fürchte, nein. Ich glaube, dass die Kluft zwischen Wissenschaft und Gesellschaft im Gegenteil größer geworden ist durch diese Ereignisse. Denn es hat Raum geschaffen für jene, die Wissenschaft nur wegen der Limitationen ihrer Aussagekraft attackieren. }

Mit Fabio Turone sprach Markus Lehmkuhl

## Wissenschaftler auf der Anklagebank Von Sven Titz

Der Prozess von L'Aquila, in dem im Oktober 2012 sechs Erdbebenexperten und ein hoher Beamter zu sechs Jahren Haft und Strafzahlungen in Millionenhöhe verurteilt wurden, stellt deutsche Beobachter vor Rätsel. Es scheint, als habe man in Italien Seismologen angeklagt, weil sie keine Erdbeben vorhersagen konnten. Absurd! Vielleicht war es aber anders. Nur: Was zum Teufel soll dann das Vergehen der Wissenschaftler gewesen sein? Die komplette Geschichte ist lang und verzwickelt. Die Kurzversion: Anfang 2009 wackelt in L'Aquila mehrmals leicht die Erde. Ein Amateurforscher gibt diffuse Warnungen vor einem schweren Beben heraus. Manche Einwohner verlassen die Stadt. Für den 31. März 2009 organisiert der Katastrophenschutz eine Sitzung der italienischen „Kommission für Großrisiken« in L'Aquila. Während der Sitzung sagen Kommissionsmitglieder, der Erdbebenschwarm sei ein normales geologisches Phänomen, doch sie erwähnen auch, dass die Region bekanntermaßen ein vergleichsweise hohes Bebenrisiko hat.

Vor und nach der Sitzung geben Mitglieder der Kommission Interviews. Bernardo de Bernardinis, Vize-Direktor des Katastrophenschutzes, sagt beruhigend, der Erdbebenschwarm habe laut Kommission das Risiko für Beben gesenkt.

Eine Woche später kommen bei einem Beben in L'Aquila mehr als 300 Menschen ums Leben. Etwa 30 von ihnen sind mutmaßlich wegen der fachlichen Entwarnung in die Stadt zurückgekehrt oder haben wegen der Entwarnung nicht im Freien geschlafen, wie sie das sonst getan hätten. Die Urteilsbegründung des Richters Marco Billi ist über 800 Seiten lang. Das Vergehen der Fachleute, so Billi, hat mit der Aufgabe der Risikokommission zu tun. Das Gremium soll Risiken analysieren und der Öffentlichkeit vermitteln. Diese Aufgabe hat die Kommission in L'Aquila dem Richter zufolge verfehlt. Stattdessen habe sie unklare, unvollständige und widersprüchliche Informationen herausgegeben. Darum verurteilte der Richter die Fachleute der Kommissionssitzung wegen fahrlässiger Tötung. Den Vorwurf, sie hätten das starke Beben vorhersehen müssen, erhebt Billi nicht.

Nun ist zu differenzieren. Verurteilt wurden sowohl Mitglieder des Katastrophenschutzes als auch Wissenschaftler. Billi hat sie über einen Kamm geschoren, weil alle an der Sitzung der Risikokommission teilnahmen. Darum müssen sie aus seiner Sicht gemeinsam die Verantwortung für das Resultat der Sitzung tragen, also für die fatale Entwarnung. Doch es waren nicht die Seismologen, die in L'Aquila Entwarnung gaben. Für die Entwarnung waren in erster Linie Mitarbeiter des Katastrophenschutzes verantwortlich. Einer ist sogar nie angeklagt worden: Anberaumt hatte die Kommissionssitzung nämlich Guido Bertolaso, der damalige Chef des Katastrophenschutzes. Aus einem mitgeschnittenen Telefonat geht hervor, dass er mit der Veranstaltung in L'Aquila explizit das Ziel verfolgte, mit Hilfe von Experten Entwarnung zu geben.

Viele Seismologen weltweit sehen die verurteilten Kol-

legen nun als Sündenböcke. In der Tat wirkt die Urteilsbegründung konstruiert. Aus vielen wackligen Argumentationsgliedern hat der Richter eine verblüffende Kausalkette zwischen dem mutmaßlichen Fehlverhalten der Fachleute und dem Tod von Einwohnern der Stadt L'Aquila geschmiedet. Viele Beobachter erwarten, dass das Urteil in zweiter Instanz aufgehoben wird.

Was lehrt der Fall? Haben sich die Seismologen doch tadellos verhalten? Werden in Italien jetzt wieder Wissenschaftler verfolgt wie im Mittelalter? Nur nicht so schnell. Sicher: Es wirkt obskur, wenn Wissenschaftler für ihre Expertise in Haftung genommen werden, nur weil sie sich missverständlich ausgedrückt haben und dann noch mutwillig falsch interpretiert werden. Italienische Wissenschaftler fordern zu Recht eine Klarstellung und Verbesserung der Rechtslage für beratende Experten. Sonst besteht künftig die Gefahr, dass überwarnt wird oder dass sich verängstigte Experten gar nicht mehr zur Beratung bereit erklären. Zurzeit ist die wissenschaftliche Politikberatung in Italien ein riskantes Geschäft.

Allerdings: Selbst wenn die Äußerungen der Seismologen in der Kommissionssitzung wissenschaftlich vertretbar gewesen sind – geschickt und verständlich genug waren sie nicht. Die Seismologen hätten gut daran getan, sich in den Tagen nach der ominösen Kommissionssitzung in L'Aquila öffentlich von dem Eindruck der Entwarnung zu distanzieren (sofern sie davon überhaupt wussten). Aber ist diese Unterlassung justiziabel?

Gegen Bernardo de Bernardinis, eines der beiden verurteilten Mitglieder des Katastrophenschutzes, hätte man vielleicht je nach Rechtslage auch in anderen Ländern Anklage erhoben. Schließlich hat er die Ergebnisse der Kommissionssitzung in einem Interview sinnteststellend wiedergegeben und den Einwohnern sogar empfohlen, nun ruhig ein Glas Wein zu trinken. Wenn Mitarbeiter des Katastrophenschutzes von Entspannung reden, wo Wissenschaftler keine sehen, dann kann man das durchaus als fahrlässig bezeichnen.

Am bedauerlichsten an dem skandalösen Fall ist allerdings die Tatsache, dass viele Italiener immer noch darauf warten müssen, dass ihre Häuser erdbebensicher gemacht werden. Von diesem essenziellen Anliegen lenken Prozesse wie in L'Aquila bloß ab. }

Sven Titz

arbeitet als freier Wissenschaftsjournalist für Zeitungen und Magazine in Berlin.



## Compliance?

Von Christian Eßer

Compliance, wo man hinschaut: Nimmt ein Patient die Medikamente nicht ein, wie der Arzt es ihm vorge-schrieben hat, sprechen Mediziner von einer schlechten Compliance-Rate. Nimmt ein Arzt Geld von einer Pharmafirma an und verschreibt vor allem Medikamente dieser Firma, hat die Compliance innerhalb der Ärzteschaft versagt. Berichtet ein Medizinjournalist über die Vorzüge eines Wirkstoffs und verschweigt die Nebenwirkungen, weil er vom Hersteller zu einer Luxusreise eingeladen wurde, hat er sich nicht an die Compliance seines Medienhauses gehalten. Komplikation mit der Compliance: In allen drei Fällen geht es um die Nichteinhaltung eines bestimmten Regelwerks, um Fehlverhalten – im Fall des Mediziners und des Journalisten geht es um Bestechlichkeit.

„Der deutsche Journalist braucht nicht bestochen zu werden, er ist so stolz, eingeladen zu sein, ein paar Schmeicheleien... Er ist schon zufrieden, wie eine Macht behandelt zu werden“, hat Kurt Tucholsky einmal ganz ohne Ironie geschrieben. Heute wissen wir es besser. Fast jede Woche tauchen Berichte über Autojournalisten auf, die mit besonderen Zuwendungen gefügig gemacht wurden oder über Wirtschaftsjournalisten, die sich zu First Class und Luxussuite einladen ließen.

Compliance [engl. „Zustimmung“, „Einhaltung“, aber auch: „Konformität“ und „Unterwürfigkeit“]

Man darf annehmen, dass Wissenschaftsjournalisten generell weniger in Versuchung kommen sollten als beispielsweise Politik-, Wirtschafts-, Reise- und Motorjournalisten, persönlich von einer einvernehmlichen Berichterstattung zu profitieren. Dennoch: Schwarze Schafe gibt es überall und die Grauzone ist groß. Darum haben viele Verlags- und Medienhäuser –

verstärkt in den letzten Jahren – eigene Compliance-Richtlinien erstellt. So genannte „Code of Conducts“ (CoC), Verhaltenskodizes, geben den Mitarbeitern Anhaltspunkte, wie das hauseigene verantwortungsvolle Handeln zu verstehen ist. In einigen Verlagen gibt es sogar spezielle CoC-Beauftragte, die über Transparenzregeln wachen und bei möglichen unmoralischen Angeboten von außen Einschätzungen liefern. Denn wo und ab wann Befangenheit beginnt, ist oft gar nicht so klar. Sind Presserabatte schon zu viel des Guten? Darf ich mich am Rande einer Konferenz von einem Gesprächspartner zum Getränk einladen lassen? Sollte ich es in irgendeiner Weise transparent machen, wenn ich Rechercheergebnisse auf einer Reise erzielt habe, die teilweise von einem Unternehmen gesponsert wurde? Wir haben Redaktionsleiter von Wissenschaftsressorts und -sendungen um ein wenig Transparenz gebeten und sie gefragt, wie ihre Redaktion mit dem Thema Compliance umgeht. }

## Codes of Conduct in Wissenschaftsredaktionen?

Antworten von vier Ressortleitern

**Gibt es in Ihrer Redaktion ein schriftliches Regelwerk, das den Umgang mit Zuwendungen von Interview- und sonstigen Gesprächspartnern regelt (Compliance-Regeln, Code of Conduct o.ä.)?**

**Götz-Sobel:** Ja, es gibt Compliance-Regeln (schriftliches Regelwerk) <http://www.zdf.de/Compliance-Regeln-26701208.html>.

**Koch:** Selbstverständlich. Den Gruner + Jahr CoC und redaktionelle Richtlinien.

**Könneker:** Der Verlag Spektrum der Wissenschaft ist Teil der Nature Publishing Group mit Sitz in London

und unterliegt damit dem UK Bribery Act, einem der wohl härtesten Antikorruptionsgesetze weltweit. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also auch alle Redakteurinnen und Redakteure, mussten 2011 eine Online-Schulung zum Thema Korruptionsvermeidung machen und 2012 einen allgemeiner gehaltenen Kurs zum Thema Compliance. Der entsprechende „Code of Conduct“ von Macmillan ist im Internet hinterlegt [http://international.macmillan.com/uploadedFiles/About\\_Us/Macmillan\\_in\\_the\\_Community/Code%20of%20Conduct.pdf](http://international.macmillan.com/uploadedFiles/About_Us/Macmillan_in_the_Community/Code%20of%20Conduct.pdf).

**Sentker:** Es gibt einen Code of Ethics, der die redaktionelle Unabhängigkeit der

ZEIT ebenso sicherstellen soll, wie die journalistische Qualität des Blattes.

**Kommt es vor, dass Recherchereisen extern finanziert werden? Gibt es sonstige finanzielle Unterstützung von außen?**

**Götz-Sobel:** In meiner Redaktion werden weder Recherchereisen von Dritten finanziert, noch gibt es finanzielle Unterstützung von Dritten für Programme. Grundsätzlich gelten die in den Compliance-Regeln formulierten Rahmenbedingungen.

**Koch:** Nein, bisher hat sich die Frage mangels Mangel für uns gar nicht gestellt, erlaubt ist es auch nicht.



**Christoph Koch**  
ist seit 2002  
Ressortleiter Stern  
Wissenschaft, Me-  
dizin und Technik.



**Carsten Könneker**  
ist Chefredakteur  
von Spektrum der  
Wissenschaft und  
Gehirn und Geist.



**Andreas Sentker**  
ist Ressortleiter  
Wissen DIE ZEIT und  
Herausgeber des Ma-  
gazins ZEIT Wissen.



**Christiane Götz-Sobel**  
ist Leiterin der  
Redaktion Natur-  
wissenschaft und  
Technik im ZDF.

**Könneker:** Einzelne Redakteure haben in der Vergangenheit an Journalistenreisen teilgenommen, organisiert etwa von EuroNatur, an deren Ende journalistische Artikel über Naturschutzprobleme auf dem Balkan oder in Spanien standen. Finanziert wurden diese Reisen über die Lufthansa-Umweltstiftung. Wir haben auch schon Beiträge von freien Journalisten publiziert, welche bei ihren Recherchen von einem Recherchestipendium profitierten. Die finanzielle Unterstützung von Autoren durch ein Recherchestipendium machen wir transparent für unsere Leserinnen und Leser. Beispiel: <http://www.spektrum.de/alias/biotechnologie/unser-kleines-gen-labor/1153300> (Autorenhinweis am Ende). Angebote der Übernahme von Reise- oder Unterbringungskosten etwa aus der industriellen Forschung lehnen wir grundsätzlich ab.

**Sentker:** Es kommt nur in absoluten Ausnahmefällen vor, dass Reisen oder Teile von Reisen finanziert werden. Eine weitere finanzielle Unterstützung gibt es nicht.

**Wenn ja: Machen Sie dies dem Leser/Hörer/Zuschauer gegenüber transparent?**

**Könneker:** s. Bsp. oben

**Sentker:** Wir lassen uns nur sehr selten und sehr ungern einladen. Ausnahmen müssen gut begründet sein. Etwa dadurch, dass eine Einladung Zugänge eröffnet, die wir selbst nicht organisieren könnten. Unsere beson-

dere Konkurrenzsituation als Wochenzeitung auf einem Markt mit vielen aktuellen Anbietern macht Pressereisen gemeinsam mit aktuell schreibenden oder sendenden Kollegen ohnehin wenig attraktiv. Werden wir eingeladen, machen wir das transparent. Fahren wir der Inhalte wegen bei einer vorbereiteten Pressereise mit, übernehmen wir in der Regel die ausweisbaren Kosten für Flüge oder Unterkünfte.

**Würden Sie einen Unterschied machen, ob die Recherchereise von beispielsweise Bayer oder der Max-Planck-Gesellschaft finanziert wird?**

**Götz-Sobel:** Nein, s.o.

**Koch:** Nein.

**Könneker:** Ja. Eine bezahlte Recherchereise eines Industrieunternehmens ist ein Tabu. Im Fall einer Recherchereise auf Einladung der Max-Planck-Gesellschaft würden wir den Einzelfall prüfen.

**Sentker:** Tatsächlich betrachten wir die Einladung durch ein Industrieunternehmen noch deutlich kritischer als die Einladung etwa durch eine gemeinnützige Stiftung. Aber auch Forschungsorganisationen wie die MPG oder Ministerien wie das BMBF verfolgen mit ihrer Pressearbeit eigennützige Ziele. Sie liegen in diesem Spektrum möglicher Interessenskonflikte oder Risiken für die Unabhängigkeit der Berichterstattung vermutlich eher im Mittelfeld.

**Welchen Zuwendungswert würden Sie als kritisch betrachten? Was**

**gilt in Ihrer Redaktion als unbedenklich?**

**Götz-Sobel:** s.o.

**Koch:** Zuwendung an Einzelne? Ich toleriere Kleinstgeschenke, die langjährige Bekannte einander aus eigenem Antrieb machen, z.B. eine Blume.

**Könneker:** Unsere Redakteure sind angewiesen, keine Zuwendungen im Zusammenhang mit der Erstellung von Beiträgen anzunehmen. Unabhängig davon sind gemäß laut unserer Compliance-Regeln Geschenke oder Kostenübernahmen ab einem Gegenwert von 75 Britischen Pfund zwingend registrierpflichtig. Je nachdem betrachten wir aber auch deutlich geringere Gegenwerte als kritisch. Es kommt darauf an, um welche Art der Zuwendung es konkret geht. Wenn etwa ein Forscher seine Buchneuerscheinung einem Redakteur in die Hand drückt, sehen wir das unkritisch – selbstverständlich bedeutet die Annahme des Buches keinesfalls, dass die Redaktion eine Rezension machen wird! Und natürlich behalten wir uns auch in solchen Fällen Verrisse vor, sofern die Bücher bei näherer Betrachtung nichts taugen.

**Sentker:** Zuwendungen an Redakteure, etwa Geschenke, werden ab einer Größenordnung von 40 Euro gesammelt und für gemeinnützige Zwecke versteigert.

**Darf man sich von einem Informanten zum Abendessen / Getränk einladen lassen?**



**Götz-Sobel:** In Ausnahmefällen ja, ggf. Genehmigung erforderlich (s. Compliance-Regeln).

**Koch:** Zum „Abendessen“ allenfalls in seltenen Ausnahmefällen, wenn es recherchetaktisch unbestreitbare Vorteile bringt und vom Vorgesetzten geprüft wurde. Besser, man lädt selber ein. Gefragt wurde explizit nach „Informanten“, nicht nach Organisationen. Bayer oder die MPG sind keine „Informanten“. „Informanten“ sind Personen, zu denen ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden muss. Ihnen gegenüber sind recherchetaktische Flexibilität nach Einzelfallprüfung denkbar. Ein einzelnes Getränk oder etwas Selbstgekochtes abzulehnen könnte hingegen auf einen Fanatismus hindeuten, der mit der für diesen Beruf unerlässlichen Horizontweite und Alltagsweisheit nicht zu vereinbaren ist. Besser, man lädt selber ein.

**Könneker:** Dieser Fall tritt bei uns allein aus Zeitgründen kaum auf. Gelegentlich kommt es vor, dass ein Redakteur mit einem interviewten Wissenschaftler nach dem Interview noch kurz gemeinsam zu Mittag isst, falls die Rückreise des Redakteurs dies zulässt. Dann zahlt jedoch entweder der Redakteur die gemeinsame Zeche und reicht sie hinterher ein, oder jeder zahlt sein Essen selbst.

**Sentker:** Wir möchten etwas wissen – wir laden ein.

#### Nutzt Ihre Redaktion Presserabatte?

**Götz-Sobel:** Nein. Ob Einzelne den Presseausweis an anderer Stelle nutzen, ist nicht bekannt.

**Koch:** Nein. Die Rabatte, die wir nutzen, sind Großkundenrabatte, weil wir ein Großunternehmen sind. Presserabatte i.e.S. sind wohl eher für einzelne Journalisten als Individuen gedacht, denen man dringend raten, aber nicht befehlen kann, Zurückhaltung zu üben.

**Könneker:** Als Redaktion nutzen wir keine Presserabatte. Ob einzelne Redakteure die Vorteile ihres Presseausweises privat nutzen, ist nicht erhoben.

**Sentker:** Wir empfehlen Redakteurinnen und Redakteuren der ZEIT dringend, keine Journalistenrabatte in Anspruch zu nehmen. Auch von der privaten, außerdienstlichen Nutzung von Journalistenrabatten wird abgeraten. Insbesondere ist es nicht gestattet, bei privater Beantragung von Journalistenrabatten auf die ZEIT als Arbeitgeber zu verweisen.

#### Wie groß ist die Lücke zwischen Unabhängigkeitsanspruch und Realität im Redaktionsalltag?

**Götz-Sobel:** Unabhängigkeit ist ein wichtiger journalistischer Grundsatz. Die Rahmenbedingungen sind durch ein enges Regelwerk gesetzt. Auch ohne dies ist die erforderliche Sensibilität gegeben. In der Praxis zeigt es sich durch die Herangehensweise an die Themen, die unabhängig und sachorientiert erfolgt.

**Koch:** Ich habe nicht den Eindruck, dass die angesprochenen materiellen Incentives dabei eine Rolle spielen.

**Könneker:** Chefredakteure und Redaktionsleiter sind bei uns sensibilisiert dafür, mögliche Interessenkonflikte, die unsere redaktionelle Unabhängigkeit beeinträchtigen könnten, schon in der Themenplanungsphase offen anzusprechen und zu vermeiden. Wo dies nicht möglich ist, wird für unsere Leserinnen und Leser eindeutig nachvollziehbar darauf hingewiesen.

**Sentker:** Das bisher Beschriebene ist nicht Anspruch, sondern Realität.

#### Gelten diese Regeln gleichermaßen für feste und freie Mitarbeiter? Wie wird die Einhaltung kontrolliert?

**Götz-Sobel:** Regeln gelten für feste und freie Mitarbeiter gleichermaßen.

**Koch:** Es gibt keine Regeln, die „gleichermaßen“ für beide Gruppen gelten, weil sie aufgrund des Arbeitsrechtes fundamental verschieden sind. Wir können unseren Angestellten Weisungen erteilen, bei unseren Freien aber nur auf Vertragseinhaltung bestehen. De facto lassen wir keine Einladungen

und Pressereisen der Freien zu, sondern finanzieren sie aus dem Etat. Generell gibt es für den CoC Beauftragte und Ombudsleute, so dass sich jeder Mitarbeiter bei Verstößen gegen den CoC an eine unabhängige Stelle wenden kann.

**Könneker:** Unsere strengen Richtlinien zur redaktionellen Unabhängigkeit betreffen ausnahmslos alle Redaktionen des Verlags, also die festen Mitarbeiter – aber auch freie Mitarbeiter, die fallweise die Redaktion unterstützen. Durch die enge Zusammenarbeit innerhalb der Redaktionen ergibt sich automatisch eine gute Selbstkontrolle, da etwaige heikle Einladungen, angebotene Zuwendungen oder sonstige Interessenkonflikte offen und kritisch in der Redaktionskonferenz diskutiert werden. Das geschieht übrigens auch allein schon deshalb, weil unsere Leser höchst sensibel und kritisch in diesen Fragen sind. Einen etwaigen Fehltritt, gleich wie unabsichtlich er auch wäre, würden wir von ihnen um die Ohren geschmettert bekommen – und zwar völlig zu Recht! Unsere freien Autoren sind ebenfalls verpflichtet, mögliche Unterstützungen etwa durch Recherchestipendien oder Crowd Funding klar zu benennen, damit wir dies unseren Lesern anzeigen können.

**Sentker:** Bei freien Mitarbeitern ist die Einhaltung solcher Regeln in der Realität nicht zu kontrollieren. Sie gelten aber nicht nur für Redakteurinnen und Redakteure, sondern für alle Autoren. Freie Mitarbeiter müssen zudem Tätigkeiten in den Journalismus nahen Bereichen – Marketing, PR – offen legen. Eine Tätigkeit in einem dieser Bereiche schließt in der Regel die redaktionelle Bearbeitung inhaltlich verwandter Themen bei ZEIT für den Zeitraum eines Jahres aus. }

Mit Christoph Koch,  
Carsten Könneker,  
Andreas Sentker  
und Christiane Götz-Sobel  
sprach Christian Eßer



## Vor der nächsten WISSENSWERTE

Ein Anstoß in eigener Sache.

Von Kai Kupferschmidt

Manchmal braucht es nur einen kleinen Schubs. Letzten November saß ich gerade in der ersten Session meiner ersten WISSENSWERTE (Thema: Braucht Deutschland ein Science Media Center?) als ich bei Twitter die Nachricht einer Kollegin in einer anderen Session las: „Wenn mehr Journalisten twittern würden, wüssten wir jetzt, was nebenan in der Science Media Center-Session passiert.“

Das war Ansporn genug, Twitter einmal für mehr zu nutzen als interessante Artikel zu verbreiten dabei zwei Sachen festgestellt: Dass das wirklich Spaß machen kann und dass der Diskussion zu folgen und gleichzeitig zu twittern, mich bei vielen Themen wahrscheinlich überfordern würde. Das war keine große Erkenntnis, aber die Art von Erfahrung, die ich mir von der WISSENSWERTE erhofft hatte.

Auch sonst waren die zwei Tage in Bremen interessant. Ich habe Kollegen, mit denen ich schon häufig telefoniert oder E-Mails ausgetauscht hatte, zum ersten Mal die Hand gegeben. Veranstaltungen zu H5N1-Forschung, Seralini-Studie und Organspende-Skandal haben einige der großen Aufregertemen des Jahres abgedeckt.

Trotzdem war ich ein wenig unzufrieden! Ich weiß nicht, was ich mir erhofft hatte. Vielleicht zwei Tage der journalistischen Selbstreflexion und auch Selbstvergewisserung. Zwei Tage, an denen ich mit Kollegen darüber diskutiere, warum wir eigentlich erst dann über Forschung berichten, wenn sie in einem Journal erschienen ist, wer die Themen bestimmt, über die wir schreiben und wie sich der Wissenschaftsjournalismus in Zeiten hervorragend gemachter Wissenschafts-PR behaupten kann. Zwei Tage, in denen ich mit Apps konfrontiert werde, die den Journalismus in eine neue Richtung steuern, oder Programme kennenlernen, die mir die Arbeit erleichtern oder sie in Zukunft jedenfalls verändern werden. Kurz: Ich habe mir ein bisschen mehr Grundsätzliches und zugleich ein bisschen mehr Praxis gewünscht.

Tatsächlich habe ich alle diese Dinge in Bremen auch erlebt, aber eben meist im Gespräch zu zweit oder zu dritt, in Kaffeepausen oder beim Mittagessen. Und ich glaube, dass die WISSENSWERTE eine bessere Veranstaltung wäre, wenn wir es schaffen würden, diese Diskussionen von den Fluren und den Stehtischen in die Sessions zu verlagern.

Ein grundsätzliches Problem ist, dass die WISSENSWERTE wie fast alle Veranstaltungen dieser Art das Konzept des Frontalunterrichts verinnerlicht hat. Auf einem erhöhten Podium sitzen drei oder vier Diskutanten, die – meistens, aber bei weitem nicht immer – verschiedene Positionen vertreten. Am Ende dürfen Fragen gestellt werden.

Das ist sinnvoll, wenn die Zuhörer Laien sind, die sich zu einem bestimmten Thema eine Meinung bilden wollen. Doch ist bei der WISSENSWERTE der Raum voll mit Menschen, um deren Erfahrungen in und mit Redaktionen es gerade geht. (Und Journalisten ohne Meinung sind nach meiner Erfahrung noch seltener als Journalisten ohne Ahnung.)

Das Ziel sollte also sein, so viele Teilnehmer wie möglich in die Diskussion einzubeziehen, anstatt einer Stellvertreterdiskussion zu lauschen. Vielleicht wäre es den Versuch wert, einen Raum bei der WISSENSWERTE einmal anders aufzubauen, kein Podium, kein Panel, sondern alle Stühle auf einer Ebene im Kreis oder Halbkreis. So ein Format braucht natürlich gute Moderatoren, aber im Idealfall kann es dazu führen, dass all das Wissen und all die Meinungen, die in dem Raum versammelt sind auch in die Diskussion einfließen.

Damit so etwas funktioniert, damit Teilnehmer ihre Erfahrungen teilen und ihre Kritik anbringen, müssen aber auch Hürden abgebaut werden. Das können Kleinigkeiten sein: Expeditionen am Anfang der Konferenz statt am Ende könnte den Teilnehmern eine Chance geben, sich vor den Sessions kennenzulernen und ein Kaffeekreis für „Erstis“ könnte Neuzugängen bei der WISSENSWERTE helfen, Kollegen kennenzulernen und sich wohlzufühlen. Man könnte auch das Saalmikro im Gang abschaffen, das vielen Menschen schon Schweißperlen auf die Stirn treibt, wenn Sie nur darüber nachdenken, aufzustehen und etwas zu sagen. Zwei Mikros, die im Saal rumgebracht werden, sind für viele weniger abschreckend.

Es gibt andere Dinge, die ich sinnvoll fände, etwa Sessions, in denen Journalisten unter sich sind. Wenn über Redaktionsprobleme und journalistische Ethik diskutiert werden soll, wäre so ein „geschützter Raum“ hilfreich. Dann könnten wir vielleicht ehrlicher über unsere Schwachstellen und Einfallstore für PR sprechen, als wenn Pressesprecher und Wissenschaftskommunikatoren von Anfang an mit debattieren. Und nach der Konferenz könnten wir ein Wiki anlegen, in dem Feedback gesammelt wird und Themenvorschläge fürs nächste Jahr.

Ich möchte nicht undankbar erscheinen. Dass es in Deutschland ein großes Branchentreffen wie die WISSENSWERTE gibt, ist toll und das Verdienst vieler Menschen, die dafür hart gearbeitet haben. Doch nun, da die WPK offizieller Träger der WISSENSWERTE ist, haben wir die Chance, das Treffen noch moderner und relevanter für uns Journalisten zu machen. Wir haben die Chance, ein bisschen zu experimentieren.

Die meisten der Ideen und Vorschläge in diesem Text sind im Übrigen nicht von mir. Einige Monate nach der WISSENSWERTE haben sich eine Handvoll Berliner WPK-Mitglieder noch einmal zusammengesetzt. Wir haben unsere Eindrücke von der WISSENSWERTE verglichen, Erfahrungen bei anderen Konferenzen ausgetauscht und Vorschläge diskutiert. Ich weiß nicht, wie man so eine Session auf der WISSENSWERTE nennen würde, aber ich habe dabei viel gelernt und viele Denkanstöße bekommen. Es könnte der Anfang einer interessanten Diskussion darüber sein, was für eine WISSENSWERTE wir uns wünschen. Und manchmal braucht es eben nur einen kleinen Schubs. }

-----  
Hinweis: Die Programmplaner im WPK-Projektbüro an der TU Dortmund – Holger Hettwer und Franco Zotta – sind übrigens für neue Ideen zur WISSENSWERTE jederzeit ansprechbar ([holger.hettwer@tu-dortmund.de](mailto:holger.hettwer@tu-dortmund.de)). Darüber hinaus wollen wir den WPK-Mitgliedern die Möglichkeit geben, konkrete Ideen und Anregungen systematisch einzubringen. Dazu sind im Januar 2014 spezielle Brainstormings in Berlin und Köln geplant.

## Neue Mitglieder

### Katrin Zöfel

Köln

Als Teenager war der ARD-Weltspiegel für mich Pflicht, mich plagte das Fernweh. Dann entdeckte ich, dass man in der Wissenschaft auch reisen kann, notfalls auch nur im Kopf. Also ein Biologiestudium. Nach dem Studium war ich als Biologin in Kolumbien und als Journalistin in Stuttgart und der Schweiz, schließlich als Wissenschaftsvolontärin beim Deutschlandfunk – und damit beim Radio. Dem bin ich seitdem als freie Autorin treu geblieben. Wenn ich reise – zu Maisfeldern in Sambia, zu Meeresforschern in Schweden oder zu Botanikern in Freiburg, dann ist das einfach nur genau richtig. In der WPK hoffe ich auf gute Gesellschaft und viel Austausch.

### Helmine Braitmaier

Stuttgart

Nach einem Studium der Biologie mit den Schwerpunkten Humangenetik, Immunologie und Pharmakologie habe ich über Parkinsongenetik promoviert. Es folgte ein Aufbaustudium Journalistik sowie Praktika in Zeitungs-, Zeitschriften- und Onlineredaktionen, unter anderem bei „Bild der Wissenschaft“ und einem medizinischen Fachverlag. Anschließend arbeitete ich als Wissenschaftsreferentin in der Hochschulkommunikation und seit etwa einem Jahr als freie Journalistin. In der WPK freue ich mich über regen Austausch mit Kollegen sowie über interessante Workshops.

### Dirk Eidemüller

Berlin

Schon während meines Physikstudiums hatte ich nebenher ein wenig Philosophie betrieben und dabei Blut geleckt für das Schreiben über Wissenschaft. Im Anschluss an das Diplom promovierte ich deshalb zunächst in Wissenschafts- und Erkenntnistheorie. Nach ein paar Jahren Erfahrung in der Politikberatung bei acatech wechselte ich dann über ein Praktikum bei der WELT in den freiberuflichen Wissenschaftsjournalismus. Zurzeit arbeite ich hauptsächlich für Wissenschaft-aktuell und pro-physik, auch als Redakteur. Letztes Jahr ist das Sachbuch „Das Nukleare Zeitalter“ von mir erschienen, das sich mit den geopolitischen und gesellschaftlichen Konfliktfeldern der Kernenergie befasst.

### Michael Brendler

Freiburg

Ein Standbein bei der Zeitung und gleichzeitig neue Freude am Beruf als freier Wissenschaftsjournalist – seit Ende 2012 versuche ich mal, auf beiden Hochzeiten zu

tanzen. Nach Medizinstudium, Volontariat und sieben Jahren als Redakteur bei der Badischen Zeitung bringe ich nur noch die Hälfte meiner Arbeitszeit in der Redaktion in Freiburg und habe endlich mehr Zeit, über mein Lieblingsthema Medizin zu schreiben. Und mehr Zeit, bei der WPK zu diskutieren, wie man heute noch guten Journalismus macht.

### Michael Böddeker

Köln

Als freier Wissenschaftsjournalist arbeite ich derzeit meist im Hörfunk und seltener auch für Printmedien. Mein Hauptgebiet ist die Biologie – das Fach, in dem ich mein Diplom gemacht habe. Nach meinem Abschluss an der Uni Bielefeld habe ich Praktika absolviert, u.a. bei „wissenschaft.de“ und war Stipendiat im Mentoring-Programm der „Initiative Wissenschaftsjournalismus“. Danach habe ich ein Volontariat im Bereich „Wissenschaft und Bildung“ des Deutschlandradios gemacht. Seitdem arbeite ich als freier Autor, Redakteur und Moderator, meist für die Programme des Deutschlandradios. Als neues Mitglied der WPK freue ich mich auf produktive Workshops sowie den Austausch mit Kollegen.

### Heike Dierbach

Berlin

Ich bin Diplompsychologin, war nach einem Volontariat bei der taz Redakteurin und Chefin vom Dienst, dann Pressesprecherin von Greenpeace Deutschland. Seit 2004 arbeite ich frei, unter anderem für Stern, Süddeutsche Zeitung, Zeit Wissen und Geo Saison. Anlass für meinen Beitritt zur WPK ist die Beobachtung, dass in Psychologie und Psychotherapie immer mehr unwissenschaftliche Anbieter auf den Markt drängen. Zum Teil gelingt es ihnen dabei, fundierte Verfahren zu unterwandern und wissenschaftliche Standards in Frage zu stellen. Journalismus muss diese Tendenzen kritisch beobachten und einordnen, und Institutionen wie die WPK spielen da eine wichtige Rolle. In dem Sinne freue ich mich auf einen spannenden Austausch.

### Hristio Boytchev

Berlin

Ich bin freier Wissenschaftsjournalist in Berlin. Meine Lieblingsthemen haben meist mit Biologie, Psychologie oder Technik zu tun. Redaktionserfahrung habe ich bei der Welt, dem Spiegel, Spiegel online, der Zeit und der Washington Post gesammelt. Das Dasein als Wissenschaftler habe ich am Dresdner Max-Planck-Institut für Zellbiologie kennengelernt, wo ich mich jahrelang mit dem Cholesterinstoffwechsel von Fadenwürmern befasst habe. Ich habe ein Diplom in Biologie von der TU Dresden und einen Master in Journalismus von der Complutense Universität Madrid.

## Impressum

### Redaktion

Markus Lehmkuhl (V.i.s.d.P.), Antje Findeklee, Volker Stollorz, Claudia Ruby,  
Nicole Heißmann und Christian Eßer

### Autoren

Claudia Ruby, Volker Stollorz, Leif Kramp, Stefan Weinacht, Ralf Spiller, Holger Hettwer, Simone Rödder, Franco Zotta,  
Wiebke Rögner, Holger Wormer, Marcus Anhäuser, Sven Titz, Christian Eßer und Kai Kupferschmidt

### Layout, Design und Titelbild

Katja Lösche

Titelbild unter Verwendung der Grafik „Male Organs – Liver“ © by decade3d – Fotolia.com

---

### Adresse

WPK-Quarterly  
Wissenschafts-Presskonferenz e.V.  
Ahrstraße 45  
D-53175 Bonn

### Telefon & Fax

Tel ++49 (0)228-95 79 840  
Fax ++49 (0)228-95 79 841

### E-Mail & Web

wpk@wpk.org  
www.wpk.org



---

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der WPK wieder.